



NetzDienste
RheinMain
Ein Unternehmen der Mainova

Projekt – Sanierung von Umspannanlagen

Europaweite Ausschreibung zur
Gewinnung von Rahmen-
vertragspartnern

Zusammenfassung

- Gesucht werden mehrere langfristige Rahmenvertragspartner für die Sanierung von Umspannanlagen
- Ziel ist eine schlüsselfertige Auftragsabwicklung
- Region der Objekte befindet sich im Netzgebiet der Netzdienste Rhein Main (Frankfurt am Main)
- Aufgrund des hohen Investitionsvolumen wird der Bedarf mittels EU-Ausschreibung vergeben
 - Vorgelagert findet ein Qualifizierungssystem zur Generierung eines Bieterpools statt



Umfang des Aufgabenbereichs

Schlüsselfertige Erneuerung

Behördliche Abwicklung

- Antrag für verkehrsrechtliche Anordnungen
- Aufstellungsgenehmigungen
- Kampfmittelauskunft
- Gestellung SiGeKo
- Terminvereinbarung/Netzabschaltungen
- Verkehrssicherung/Beschilderung
- Etc.

Bautechnik

Tiefbau

- Kernbohrungen
- Isolierungen und Abdichtungen
- Punktaufbrüche
- Etc.

Hochbau

- Dacharbeiten
- Schutzgitter- und Spezialtürarbeiten
- Malerarbeiten
- Etc.

Elektrotechnik

- Montage/Demontage
- Transport von Schaltanlagen/Transformatoren
- Installationen - 0,4 bis 10/20kV
- Erdungsanlage
- Netzverteiler
- Kabelverlegung
- Kabelmuffen
- Dokumentation nach NRM-Vorgaben
- Etc.

Rahmenbedingungen und Potenzial



2 - 4 Rahmenvertragspartner



> 70 Mio.€ Gesamtauftragswert



> 3400 Umspannanlagen mit zyklischem Sanierungsbedarf



> 80 Anlagen pro Jahr



Mehrjährige Vertragsgestaltung



Verlässlicher Umsatz

Weg zur Partnerschaft

Vergabe von Rahmenverträgen

Verhandlungsverfahren

EU-Ausschreibung auf Basis eines Leistungsverzeichnisses

Mainova Prüfung der kaufmännischen und technischen Kriterien ->
Zulassung oder Ablehnung für zeitlich nachgelagerte Ausschreibung

Antrag zur Qualifizierung stellen – Upload aller obligatorischen Dokumente

Ggf. notwendige Zertifikate und Kompetenzen ein- oder nachholen

Teilnahme am Qualifizierungssystem über die EU-
Ausschreibungsplattform

Ansprechpartner

Technisch/Fachlich



Martin Wojciechowski Amaral



Sachgebietsleitung N1-EM2



+49 (0) 151 – 40014995



m.amaral@nrm-netzdienste.de

Kaufmännisch



Calin Stoi



Strategischer Einkauf M3-ZE2



+49 (0) 151 – 72601491



c.stoi@mainova.de



NetzDienste

RheinMain

Ein Unternehmen der Mainova

Qualifizierungssystem (QS)

für

Generalsanierung von Umspannanlagen (UA) der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH

1. Einleitung

Vielen Dank für Ihr Interesse zur Teilnahme an dem Qualifizierungssystem nach §48 SektVO.

Sektorenauftraggeber¹ nach § 99 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) können ein Qualifizierungssystem nach § 48 SektVO (Sektorenverordnung) einrichten und verwalten. Das QS dient der Eignungsfeststellung für die beschriebenen Eignungskategorien und ermöglicht den direkten Einstieg in ein Verhandlungsverfahren ohne weiteren Teilnahmewettbewerb.

Die an dem entsprechenden Wettbewerb teilnehmenden Unternehmen werden aus denjenigen Unternehmen ausgewählt, die im Rahmen des entsprechenden Qualifizierungssystems die Mindestanforderungen nachgewiesen haben.

Dem Auftraggeber obliegt es, für Bedarfe in unterschiedlichsten Größenordnungen oder, falls vorhanden, gemäß angegebener Kapazitätskategorien auf die Eignungsfeststellung dieses Qualifizierungssystems zuzugreifen und entsprechende Vergabeverfahren zu eröffnen. Es bleibt ihm jedoch unbenommen, einzelne Beschaffungsbedarfe gemäß gesetzlichen Vorschriften ohne Zugriff auf das Qualifizierungssystem zu decken.

Im Falle einer Aufnahme in das Qualifizierungssystem werden zunächst keine konkreten Leistungen vertraglich vereinbart, sondern lediglich die generelle Eignung des Unternehmens festgestellt. Bewerber, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden in einem entsprechenden Verzeichnis geführt. Die festgelegten Eignungskriterien werden regelmäßig durch den Auftraggeber überprüft. Eine Änderung oder Anpassung von Eignungskriterien ist dabei durch den Auftraggeber möglich, jedoch den Bewerbern entsprechend mitzuteilen. Eine anschließend erneute Eignungsprüfung kann dadurch notwendig werden und wird dem Bewerber mitgeteilt.

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird die maskuline Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter.

2. Inhalt

1.	Einleitung.....	1
2.	Inhalt.....	2
3.	Gegenstand dieses Qualifizierungssystems	3
4.	Allgemeine Baubeschreibung	3
5.	Kosten des Qualifizierungssystems	4
6.	Laufzeit des Qualifizierungssystems.....	4
7.	Ablauf des Vergabeverfahrens und formale Vorgaben an die Bewerbung.....	4
8.	Eignungsleihe.....	4
9.	Angebotsverfahren und Vorgaben an die Auftragsvergabe	5
10.	Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem	5
11.	Einzureichende Unterlagen	6
12.	Bewertungskriterien zu einzureichenden Unterlagen / zum Fragenkatalog	7
13.	Kriterien für „Einzureichende Unterlagen“ und „Allgemeine Fragen“	8
14.	Kriterien für „Fragenkatalog“	9
15.	Mitgeltende Unterlagen	11

3. Gegenstand dieses Qualifizierungssystems

Der Ausbau und die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Stromnetzes geht mit einer Vielzahl von komplexen Fragestellungen und Aufgaben einher. Dies erfordert eine verlässliche Unterstützung bei der Abwicklung und Bearbeitung der vielschichtigen und umfangreichen Ausbau- und Sanierungsprojekte.

Gegenstand und Fokus des Qualifizierungssystems ist die Erbringung der „Generalsanierung von Umspannanlagen (UA)“ der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH.

In den nächsten Jahren hat die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH dazu einen Bedarf von mehreren hundert Umspannanlagen.

Die Qualifizierung umfasst hierbei die Eignungskategorie:

Pflichtkategorie 1: Umspannanlagen (UA)

Der Bewerber muss seine Eignung in einer Pflichtkategorie nachweisen können, um erfolgreich in das Qualifizierungssystem aufgenommen zu werden. Bewerbungen auf alle Eignungskategorien und, falls vorhanden, Kapazitätskategorien sind möglich und erwünscht.

4. Allgemeine Baubeschreibung

Die Mainova, als großer Netzbetreiber, beabsichtigt in den kommenden Jahren eine umfangreiche Erneuerung und Ertüchtigung der Baukörper und der elektrischen Einrichtungen von vorhandenen Umspannanlagen der lokalen Stromversorgung.

Nach aktueller Planung stehen für die kommenden Jahre jährlich bis zu 100 Umspannanlagen zur Erneuerung an. Die Arbeiten sollen teils in Eigenregie und teils über Fremdvergabe ausgeführt werden.

Die Anlagen verteilen sich auf das gesamte Stadtgebiet Frankfurt am Main. Bei den Baukörpern handelt es sich um freistehende gemauerte Gebäude, aber auch um Anlagen, die in einem Keller untergebracht sind. Die Mittelspannungsschaltanlagen sind überwiegend luftisolierte Anlagen mit den unterschiedlichsten Abmessungen und Ausführungen.

Im Rahmen dieser Arbeiten sind auch die kommenden und gehenden Versorgungsleitungen / Datenleitungen mit auszutauschen.

Die notwendige Zustandserfassung und der daraus abzuleitende Maßnahmenkatalog wird vom Auftraggeber (AG) durchgeführt und dem Auftragnehmer (AN) zur Verfügung gestellt.

- Auf dieser Basis werden dann vom AN die Arbeitsschemapläne erstellt,
- die Trassenauskünfte, die verkehrsrechtlichen Genehmigungen und die Aufbruchsgenehmigungen eingeholt.
- Die Einholung der Kampfmittel-Informationen ist ebenfalls Bestandteil der vorbereitenden Tätigkeiten.
- Weitergehende Maßnahmen sind die Gestellung eines SIGEKOS
- und sämtliche notwendige Terminabsprachen / Schaltanträge für alle Schaltungen im Mittelspannungsnetz, im Niederspannungsnetz und im Nachrichtennetz zur Freischaltung und späteren Wiederinbetriebnahme der zu sanierenden Umspannanlage.
- Die auszuführenden Arbeiten gliedern sich in die Errichtungen von provisorischen Energieversorgungen während der Sanierungsphase, teilweise mit Hilfe von Baustellenumspannanlagen oder provisorischen Netzverteilerschränken. Die ausführenden Maßnahmen sind dabei individuell zu vereinbaren.
- Im Anschluss daran ist die komplette Anlage spannungsfrei zu machen, so dass der elektrische Anlagenteil vollständig demontiert werden kann.
- Daran schließt sich die Innsanierung des Baukörpers, je nach Zustand der Bausubstanz sind Risse zu verschließen, Kabeleinführungen neu herzustellen, Kabelschächte abzudecken, Zu- und Abluftöffnungen zu ertüchtigen, Türen auszutauschen und Decken und Wände zu streichen, bzw. der Boden mit neuem Anstrich zu versehen.
- Im nächsten Schritt sind die neuen Anlagenkomponenten, wie Transformator, Mittelspannungsschaltanlage, Niederspannungsgerüst und alle zu- und abgehenden Leitungen einzubringen und neu anzuschließen. Im unmittelbaren Außenbereich der Umspannanlage sind alle

Leitungen mit dem Bestandsnetz wieder zu verbinden. Die aufgebauten Provisorien sind außer Betrieb zu nehmen und zurückzubauen.

- Im Außenbereich ist das Dach neu zu abdichten, die Dachrinnen und Fallrohre zu erneuern, sowie die Fassade mit einem neuen Anstrich zu versehen.
- Die geöffneten Leitungsgräben sind fachgerecht zu verschließen und die Oberflächen sind wieder herzustellen.

Für alle getätigten Arbeiten sind die notwendigen Verdichtungsnachweise, elektrischen Prüfprotokolle und Abnahmen durchzuführen und zusammen mit der Dokumentation dem AN zur Verfügung zu stellen.

5. Kosten des Qualifizierungssystems

Auftraggeber und Antragsteller tragen ihre Kosten des Qualifizierungssystems jeweils selbst. Die Vorlage von Bescheinigungen, Zertifikaten etc. erfolgt für den Auftraggeber kostenlos, auch, soweit diese ausdrücklich angefordert wurden. Der Auftraggeber wird keine Gebühren i.S.v. §48 Abs. 10 SektVO im Zusammenhang mit Anträgen auf die Qualifizierung, der Aktualisierung oder der Aufrechterhaltung einer bereits bestehenden Qualifizierung für das System erheben.

6. Laufzeit des Qualifizierungssystems

Die Laufzeit des Qualifizierungssystems ist nicht begrenzt. Interessenten können jederzeit den Antrag auf Aufnahme stellen.

Der Bewerber ist verpflichtet alle Änderungen, die die Qualifizierung betreffen, unverzüglich und unaufgefordert dem Auftraggeber vorzulegen. Hierzu zählen insbesondere die firmenbezogenen Nachweise/Zertifikate sowie die personenbezogenen Nachweise/Zertifikate des eingesetzten Personals. Für Nachunternehmer gelten die gleichen Anforderungen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit Änderungen an dem Qualifizierungssystem vorzunehmen oder das Qualifizierungssystem zu beenden. Die Maßgaben des §37 SektVO finden Anwendung. Eine anschließend erneute Eignungsprüfung kann dadurch notwendig werden und wird dem Bewerber mitgeteilt.

Ein aufgrund mangelnder Qualifikation abgelehnter Bewerber kann sich nach einer Frist von 6 Monaten nach Ablehnung erneut auf das Qualifizierungssystem bewerben.

7. Ablauf des Vergabeverfahrens und formale Vorgaben an die Bewerbung

Die Bewerbung ist in beschriebener Form und in deutscher Sprache elektronisch unter: <https://www.deutsche-evergabe.de> einzureichen.

Die Nutzung des Portals **deutsche-evergabe.de** ist für Bewerber und Bieter kostenfrei. Anträge können nur dort abgegeben werden.

Vorsätzlich falsche Angaben führen zum Ausschluss vom Verfahren. Das Ausstelldatum der jeweiligen Drittbescheinigung darf nicht älter als 6 Monate gerechnet vom Tag der Einreichung des Antrags sein bzw. der Gültigkeitszeitraum darf nicht überschritten sein. Ausländische Bewerber haben gleichwertige Drittbescheinigungen vorzulegen. Die Gleichwertigkeit ist nachzuweisen. Es wird dahingehend eine erschöpfende Darstellung erwartet. Sollte ein amtliches Dokument nicht in deutscher Sprache gefasst sein, so muss eine wörtliche Übersetzung eines vereidigten Dolmetschers in deutscher Sprache vorgelegt werden.

8. Eignungsleihe

Der Einsatz von Nachunternehmern zur direkten Eignungsleihe ist grundsätzlich im Antrag schriftlich anzuzeigen (siehe Anlage Nachunternehmererklärung). Beabsichtigt das Unternehmen zur Erfüllung eines Auftrags die Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen, muss er dem Auftraggeber nachweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel zur Überwachung zur Verfügung stehen und die Unternehmen die entsprechende fachliche Eignung besitzen. Falls er sich zum Nachweis der Eignung auf die Fähigkeiten

eines Nachunternehmers beruft, muss er für diesen die entsprechenden Zertifizierungen einreichen. Weiterhin hat er entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Etwaige Nachunternehmer, die nicht zur Eignungsleihe genutzt werden, müssen im Antrag zunächst nicht namentlich benannt werden. Es muss nur der Fremdleistungsanteil angegeben werden.

Im Verhandlungsverfahren oder in den Einzelvergaben muss der Bieter seinen Nachunternehmer benennen und darf diesen erst nach erfolgter Eignungsprüfung bzw. Zulassung durch den Auftraggeber einsetzen.

9. Angebotsverfahren und Vorgaben an die Auftragsvergabe

Es ist geplant, im Rahmen dieses Qualifizierungssystems Rahmenverträge und Bestellungen in einem Verhandlungsverfahren zu vergeben. Das Verhandlungsverfahren umfasst alle erforderlichen Leistungen für die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH und die Mainova AG für Projekte der Sanierung von Umspannanlagen.

Die Vergabestelle behält sich vor, den Zeitpunkt der Durchführung des Angebotsverfahrens selbst zu bestimmen. Die konkreten Verfahrensbestimmungen des Angebotsverfahrens ergeben sich aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe. Die Qualifizierung stellt keine Bestätigung des Auftraggebers dar, dass die im Angebotsverfahren benannten Arbeiten mit den eingereichten Unterlagen in Gänze ausgeführt werden können.

10. Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem

Nachfolgend finden Sie eine Übersicht über die zur Qualifizierung erforderlichen und einzureichenden Unterlagen. Wir bitten Sie die Unterlagen auszufüllen und in den vorgesehenen Unterschriftenfeldern die Angaben mit einer Signatur, die mindestens der Textform gemäß §126b BGB genügt, zu bestätigen.

Der Auftraggeber behält sich vor, unter der Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, fehlende oder unzureichende Angaben mit einmaliger Fristsetzung nachzufordern. Bei Angaben mit Ausschlussandrohung (siehe Bewertungskatalog) erfolgt eine Ablehnung des Bewerbers, wenn die Angaben nicht innerhalb der Nachforderungsfrist nachgereicht werden. Falls sich zu den von Ihnen gemachten Angaben bis zu einer evtl. Vertragsunterzeichnung wesentliche Änderungen ergeben, sind Sie verpflichtet, diese der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH / Mainova AG unverzüglich mitzuteilen.

Die im Fragebogen geforderten Nachweise/Zertifikate (oder vergleichbare nationale Nachweise des Herstellerlandes des Bewerbers) sind in gültiger Form und in Kopie mit der Bewerbung zwecks Eignungsprüfung einzureichen.

Die personenbezogenen Zertifikate sind jeweils auszugsweise bzw. mit dem für die ausgeschriebenen Tätigkeiten geplanten Personalstamm einzureichen.

Die einzureichenden Unterlagen sowie sämtliche, aufgrund des Fragebogens zusätzlich erforderlichen Unterlagen sind entsprechend zusammenzustellen und elektronisch einzureichen. Bei der Zusammenstellung ist **die Nummerierung des Fragebogens** zu beachten.

11. Einzureichende Unterlagen

- | | |
|---|-----------------------------------|
| 1. Lieferantenselbstauskunft ² | |
| 2. Referenzen ² | (Anlage zu 1.) |
| 3. Zertifikat DIN EN ISO 9001 ² | (Anlage zu 1. – sofern vorhanden) |
| 4. Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferanten ² | (Anlage zu 1.) |
| 5. Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes ² | (Anlage zu 1.) |
| 6. Nachweis (Kopie) der Haftpflichtversicherung ² | (Anlage zu 1.) |
| 7. Handelsregister-Auszug ² | |
| 8. Erklärung Teil 1 zu Russland Sanktionen ² | |
| 9. Erklärung Teil 2 zu Russland Sanktionen ² | |
| 10. Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB ² | |
| 11. Nachunternehmererklärung ² | |
| 12. Geheimhaltungserklärung ² | |
| 13. Fragenkatalog | |

² Nur einzureichen für neue Lieferanten

12. Bewertungskriterien zu einzureichenden Unterlagen / zum Fragenkatalog

Der folgende Abschnitt enthält die geforderten Mindestbedingungen.

Der Abschnitt ist nur zur Information und ist nicht vom Bieter/ Bewerber auszufüllen.

Die Prüfung der Eignung erfolgt durch die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH / Mainova AG.

Die Bewertungskriterien sind wie folgt:

- Reine Informationsabfrage
- Erforderlich
- Ausschluss

13. Kriterien für „Einzureichende Unterlagen“ und „Allgemeine Fragen“

I a – Einzureichende Unterlagen

Nr.	Einzureichende Unterlage	Kriterium
1	Lieferantenselbstauskunft	Erforderlich, sonst Ausschluss
2	Referenzen (Anlage zu 1)	Erforderlich
3	Zertifikat DIN EN ISO 9001 (Anlage zu 1 – sofern vorhanden)	Sofern vorhanden
4	Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferanten (Anlage zu 1)	Erforderlich, sonst Ausschluss
5	Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (Anlage zu 1)	Erforderlich, sonst Ausschluss
6	Nachweis (Kopie) der Haftplichtversicherung	Erforderlich, sonst Ausschluss
7	Handelsregister-Auszug	Erforderlich, sonst Ausschluss (falls nicht anders durch Auftraggeber vorgegeben oder mit Auftraggeber anders vereinbart)
9	Erklärung Teil 1 zu Russland Sanktionen	Erforderlich, sonst Ausschluss
9	Erklärung Teil 2 zu Russland Sanktionen	Erforderlich, sonst Ausschluss
10	Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB	Erforderlich, sonst Ausschluss
11	Nachunternehmererklärung	Erforderlich, sonst Ausschluss
12	Geheimhaltungserklärung	Erforderlich, sonst Ausschluss

I b – Allgemeine Fragen

Nr.	Allgemeine Fragen	Kriterium
13	Auskunft Creditreform	Abfrage nur informativ
14	Nachhaltigkeit (Erstellung Treibhausgasbilanz)	Abfrage nur informativ
15	Nachhaltigkeitszertifizierung (z.B. Ecovadis)	Abfrage nur informativ
16	Umweltmanagementsystem (DIN EN ISO 14001, EMAS oder ähnlich)	Abfrage nur informativ
17	Arbeitsschutzmanagementsystem (DIN EN ISO 45001, oder ähnlich)	Abfrage nur informativ
18	Vorhandensein nach AMS zertifiziertes Personal	Abfrage nur informativ

14. Kriterien für „Fragenkatalog“

Die Fragen werden bei der Bewertung über ein von der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH / Mainova AG vorgegebenes Punktesystem bewertet.

II - Fragenkatalog

Frage-Nr.	Kurztext	Kriterium
1	Muster einer Projektbeschreibung	Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
2	Referenzprojekte Leitungstiefbau in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner	Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
3	Referenzprojekte Bauwerkssanierung in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner	Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
4	Erfahrungen im Bereich Mittelspannung bis 20kV	
4.1	Anzahl Mitarbeitende mit einer Zulassung zur Montage von Mittelspannungsgarnituren	Angabe ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
4.2	Nachweis der Firmen-/ Personalqualifizierung gem. Vorgabe NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH für den Bereich Mittelspannung	Angabe ist erforderlich. Die Grundqualifikationen sind mindestens zu erfüllen, andernfalls Ausschluss
4.3	Anzahl der ausgeführten Montagen/Jahr an Endverschlüssen und Muffen der letzten 3 Jahre	Angabe ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
4.4	Referenzen zur Montage von Mittelspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder Industrieunternehmen	Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
4.5	Anzahl Mitarbeitende mit einer Schaltberechtigung für die Mittelspannung	Angabe ist erforderlich - Nur zur Information
5	Erfahrungen im Bereich Niederspannung bis 1kV	
5.1	Anzahl Mitarbeitende mit einer Zulassung zur Montage von Niederspannungsmuffen	Angabe ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
5.2	Nachweis der Firmen-/ Personalqualifizierung gem. Vorgabe NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH für den Bereich Niederspannung	Angabe ist erforderlich. Die Grundqualifikationen sind mindestens zu erfüllen, andernfalls Ausschluss
5.3	Anzahl Mitarbeitende mit einer Schalt- und Schaltauftragsberechtigung für die Niederspannung	Angabe ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
5.4	Anzahl der ausgeführten Montagen/Jahr an Niederspannungsgarnituren der letzten 3 Jahre	Angabe ist erforderlich, andernfalls Ausschluss

Frage-Nr.	Kurztext	Kriterium
5.5	Referenzen zur Montage von Niederspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder anderen Unternehmen	Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss
6	Projekterfahrung des Anbieters	Nachweis ist erforderlich, andernfalls Ausschluss

15. Mitgeltende Unterlagen

1. Lieferantenselbstauskunft (Formblatt 4.1713.3 - Mainova)
2. Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferanten (Formblatt 4.0478.5 NRM / Mainova)
3. Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (Formblatt 4.1712.2 - Mainova)
4. Erklärung Teil 1 zu Russland Sanktionen (Formblatt NRM / Mainova)
5. Erklärung Teil 2 zu Russland Sanktionen (Formblatt NRM / Mainova)
6. Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB (Formblatt NRM / Mainova)
7. Nachunternehmererklärung (Formblatt NRM / Mainova)
8. Geheimhaltungserklärung (Formblatt NRM / Mainova)
9. Fragenkatalog (NRM / Mainova)
10. Allgemeine Einkaufsbedingungen der Mainova AG (AEB), Version 4.0450.16
Siehe Webseite der Mainova
11. Ergänzende Einkaufsbedingungen Bauleistungen der Mainova AG (EB-Bau)
Siehe Webseite der Mainova

Fragenkatalog

(zum Qualifizierungssystem „Generalsanierung Umspannanlagen (UA)“)

Bitte beachten Sie folgende Hinweise zum Fragenkatalog

- Alle Angaben dieses Fragenkataloges werden vertraulich behandelt.
- Die Fragen auf den folgenden Seiten sind Bestandteil der Prüfung zur Eignung der Bewerber.
- **Dem Fragenkatalog darf kein Angebot beigelegt werden.**
Das Angebot darf erst nach separater Aufforderung zur Angebotsabgabe bei der Vergabestelle eingereicht werden.
- Bitte reichen Sie die Unterlagen im Format pdf ein.
- Angaben, die Sie auf nachfolgenden Seiten nicht unterbringen können, fügen Sie bitte als Anlage bei.
- Der Auftraggeber behält sich vor, unter der Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, fehlende oder unzureichende Angaben mit einmaliger Fristsetzung nachzufordern. Bei Angaben mit Ausschlussandrohung (siehe Bewertungskatalog) erfolgt ein automatischer Ausschluss des Teilnahmeantrags, wenn die Angaben nicht innerhalb der Nachforderungsfrist nachgereicht werden.
- Falls sich zu den von Ihnen gemachten Angaben bis zu einer evtl. Vertragsunterzeichnung wesentliche Änderungen ergeben, sind Sie verpflichtet, diese der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH / der Mainova AG unverzüglich mitzuteilen.
- Die Kosten für die Bewerbung werden nicht erstattet.
- Die einzelnen Fragen weisen einen unterschiedlichen Stellenwert auf. Nach diesem Stellenwert wird eine Bewertung des Bewerbers und seiner Bewerbung vorgenommen. (Siehe hierzu den beiliegenden Bewertungskatalog-Teilnahmewettbewerb).
- Bewerbungsgemeinschaften sind zum Wettbewerb zugelassen. In diesem Fall ist von jedem Beteiligten der Bewerbungsgemeinschaft der Fragenkatalog separat auszufüllen. Für jedes Mitglied sind Angaben über den vorgesehenen Leistungsbereich zu machen. Bei Bewerbung als Bietergemeinschaft (BIGE später im Auftragsfalle die Arbeitsgemeinschaft , Arge) sind alle Unterlagen von allen Mitgliedern rechtsverbindlich zu unterschreiben.
- Wir weisen die Bewerber darauf hin, schon in Ihrem eigenen Interesse, alle Fragen vollständig und wahrheitsgemäß zu beantworten.
- Falsche Angaben können zum Ausschluss vom Wettbewerb führen.
- Definition: Die maskuline Form gilt geschlechtsneutral für männliche und weibliche Teilnehmer.

Aufbau des Fragenteils

Im **Teil I** sind die einzureichenden Unterlagen definiert. Sofern diese Unterlagen bereits Teil der Lieferantenselbstauskunft sind, ist das entsprechend aufgeführt.

Im **Teil II** sind Angaben zur Eignung des Unternehmens zu machen. Anhand der Fragestellungen sind die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachzuweisen. Sie dienen im Teilnahmewettbewerb der Eignungsprüfung und in der Angebotsphase der Bewertung der Leistungskriterien.

Die aufgeführten Erklärungen sind in unterschriebener Version beizufügen.

Teil I – „Einzureichende Unterlagen“ und „Allgemeine Fragen“

Fragen / Punkte zur Eignung des Unternehmens

I a – Einzureichende Unterlagen

Bitte reichen Sie die folgenden Unterlagen ein:

1. Lieferantenselbstauskunft
2. Referenzen (Anlage zu 1.)
3. Zertifikat DIN EN ISO 9001 (Anlage zu 1. – sofern vorhanden)
4. Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferanten (Anlage zu 1.)
5. Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (Anlage zu 1.)
6. Nachweis (Kopie) der Haftpflichtversicherung (Anlage zu 1.)
7. Handelsregister-Auszug
8. Erklärung Teil 1 zu Russland Sanktionen
9. Erklärung Teil 2 zu Russland Sanktionen
10. Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB
11. Nachunternehmererklärung
12. Geheimhaltungserklärung

Die aufgeführten Unterlagen 1., 5., 6. und 9. bis 13. sind in unterschriebener Version beizufügen.

I b – Allgemeine Fragen

13. Auskunft Creditreform
Liegt eine aktuelle (nicht älter als 3 Monate) Bonitäts- & Risikobewertung von Creditreform (oder vergleichbar) mit einem Bonitätsindex von maximal 280 Punkten vor?
☐ Ja
☐ Nein
14. Erstellt Ihr Unternehmen regelmäßig eine Treibhausgasbilanz?
☐ Ja, auf das gesamte Unternehmen bezogen (CCF)
☐ Ja, auf Produktebene (PCF)
☐ Ja, auf Produktebene + Unternehmen bezogen (PCF + CCF)
☐ Nein, wir arbeiten bereits daran
☐ Nein und dies ist aktuell auch nicht geplant
15. Hat das Unternehmen eine Nachhaltigkeitszertifizierung oder ist dies in Planung (bsp. Ecovadis)?
☐ Ja
Beschreibung:
☐ Nein, wir arbeiten bereits daran
☐ Nein und dies ist aktuell auch nicht geplant
16. Verfügt das Unternehmen über ein Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001, EMAS oder ähnlich.
☐ DIN EN ISO 14001
☐ EMAS
☐ Andere:
☐ Nein

17. Verfügt das Unternehmen über ein Arbeitsschutzmanagementsystem nach DIN EN ISO 45001 oder ähnlich.

☐ DIN EN ISO 45001

☐ Andere:

☐ Nein

18. Verfügt das Unternehmen über nach AMS (Arbeitsschutz Management System) zertifiziertes Personal?

☐ Ja

☐ Nein

Nachweise und Zertifikate sind einzureichen

Teil II - Fragen zur technischen / fachlichen Eignung bzw. Leistungsfähigkeit zum Projektauftrag

Bitte alle nachfolgenden Fragen beantworten. Die genannten Nachweise/Zertifikate (oder vergleichbare nationale Nachweise des Herstellerlandes des Bewerbers) sind in gültiger Form und in Kopie mit der Bewerbung zwecks Eignungsprüfung einzureichen.

Bei negativer Antwort, nicht eingereichter Nachweise/Zertifikate oder unzureichender Aussagen bzw. Antworten kann Ausschluss drohen!

Diese Prüfung stellt keine Bestätigung des Auftraggebers dar, dass die Arbeiten mit den eingereichten Unterlagen in Gänze ausgeführt werden können. Die personenbezogenen Zertifikate sind jeweils auszugsweise bzw. mit dem für die ausgeschriebenen Tätigkeiten geplanten Personalstamm einzureichen.

Während der Vertragslaufzeit sind die firmenbezogenen Nachweise/Zertifikate sowie die personenbezogenen Nachweise/Zertifikate des eingesetzten Personals aktuell zu halten und in der jeweils gültigen Form dem Auftraggeber immer vorzulegen.

Für Nachunternehmer gelten die gleichen Anforderungen. Nachunternehmer sind grundsätzlich vor Zuschlagserteilung schriftlich anzuzeigen und erst nach Zulassung durch den Auftraggeber einzusetzen.

1. **Muster einer Projektbeschreibung**

Einzureichen sind Unterlagen (Musterpläne, Bilder, Zeichnungen, Kurzbeschreibungen), die ein ähnliches Bauvorhaben, mit einem ähnlichen Leistungsumfang wieder spiegeln.

2. **Referenzprojekte Leitungstiefbau in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner**

Einzureichen ist eine dezidierte Referenzliste aus den folgenden Angaben hervorgehen:

- Kunde,
- Darstellung der projektspezifischen Arbeiten
 - Art des Projekts der Leitungstrasse,
 - Baubeginn,
 - Bauende.

3. **Referenzprojekte Bauwerkssanierung in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner**

Einzureichen ist eine dezidierte Referenzliste aus den folgenden Angaben hervorgehen:

- Kunde,
- Darstellung der projektspezifischen Arbeiten
 - Dachsanierung,
 - Fassade,
 - Fundamente,
 - Baubeginn,
 - Bauende,
 - Auftragsvolumen.

4. **Erfahrung im Bereich Mittelspannung bis 20kV**

- 4.1. Wie viele Mitarbeiter haben eine Zulassung zur Montage von Mittelspannungsgarnituren, untergliedert in Endverschlüsse und Muffen und die Art der Montagezulassung Kabelstecker, Freiluftendverschlüsse, Innenraumendverschlüsse, Übergangsmuffen von Massekabel auf Kunststoffkabel?

Schulungszertifikate vom TÜV oder vergleichbaren Institutionen oder Netzbetreibern bitte beifügen.

☐ Siehe Anlage(n)

☐ Beschreibung:

4.2. Werden die **Grundanforderungen** der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH an die **Qualifikation des Anbieters** und an die **Qualifikation der Mitarbeitenden (siehe Anlage)** vollständig erfüllt?

☐ Ja, bereits vollständig vorhanden

☐ Nein, noch nicht vollständig vorhanden

(Bereitschaft zum vollständigen Erwerb der Grundqualifikationen liegt im Auftragsfall vor)

☐ Nein, noch nicht vollständig vorhanden

(keine Bereitschaft zum vollständigen Erwerb der Grundqualifikationen)

➔ **Hinweis:** Diese Antwort führt automatisch zum **Ausschluss**, da die Grundanforderungen an die Qualifikation Pflichtkriterien darstellen

4.3. Anzahl der ausgeführten Montagen/Jahr an Endverschlüssen und Muffen der letzten 3 Jahre.

☐ Siehe Anlage(n)

☐ Beschreibung:

4.4. Referenzen zur Montage von Mittelspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder Industrieunternehmen mit Kontaktdaten des jeweiligen Ansprechpartners.

☐ Siehe Anlage(n)

☐ Beschreibung:

4.5. Schaltberechtigung Mittelspannungsnetz

Wie viele Mitarbeiter haben eine Schaltberechtigung für die Mittelspannung?

(nur zur Information)

☐ Siehe Anlage(n)

☐ Beschreibung:

5. Erfahrung im Bereich **Niederspannung bis 1kV**

5.1. Wie viele Mitarbeiter haben eine Zulassung zur Montage von Mittelspannungsgarnituren, untergliedert in Endverschlüsse und Muffen und die Art der Montagezulassung Kabelstecker, Freiluftendverschlüsse, Innenraumendverschlüsse, Übergangsmuffen von Massekabel auf Kunststoffkabel?

Schulungszertifikate vom TÜV oder vergleichbaren Institutionen oder Netzbetreibern bitte beifügen.

☐ Siehe Anlage(n)

☐ Beschreibung:

- 5.2. Werden die **Grundanforderungen** der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH an die **Qualifikation des Anbieters** und an die **Qualifikation der Mitarbeitenden** (siehe Anlage) vollständig erfüllt?
- ☐ Ja, bereits vollständig vorhanden
- ☐ Nein, noch nicht vollständig vorhanden
(Bereitschaft zum vollständigen Erwerb der Grundqualifikationen liegt im Auftragsfall vor)
- ☐ Nein, noch nicht vollständig vorhanden
(keine Bereitschaft zum vollständigen Erwerb der Grundqualifikationen)
- ➔ **Hinweis:** Diese Antwort führt automatisch zum **Ausschluss**, da die Grundanforderungen an die Qualifikation Pflichtkriterien darstellen
- 5.3. Schaltberechtigung Niederspannung
Wie viele Mitarbeiter haben eine Schalt- und Schaltauftragsberechtigung für die Niederspannung?
- ☐ Siehe Anlage(n)
- ☐ Beschreibung:
- 5.4. Anzahl der ausgeführten Montagen/Jahr an Niederspannungsgarnituren der letzten 3 Jahre.
- ☐ Siehe Anlage(n)
- ☐ Beschreibung:
- 5.5. Referenzen zur Montage von Niederspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder anderen Unternehmen mit Kontaktdaten des jeweiligen Ansprechpartners.
- ☐ Siehe Anlage(n)
- ☐ Beschreibung:

6. Projekterfahrung des Anbieters

Bewertung des Anbieters gemäß den bisherigen Erfahrungen bei der Abwicklung von Projekten.

☐ Siehe Anlage(n)

☐ Beschreibung:

Ende des Fragenkatalogs


Abschließende Erklärung

Wir bestätigen, dass alle Angaben in diesem Fragenkatalog und seinen Anlagen der Wahrheit entsprechen und aktuell sind.

Fehlerhafte oder unvollständige Angaben können zu einem Ausschluss unseres Unternehmens von der Ausschreibung führen. Sofern sich nach Zuschlagserteilung herausstellt, dass der Bieter vorsätzlich oder grob fahrlässig falsche oder unvollständige Angaben gemacht hat, behält sich der Auftraggeber eine Anfechtung oder einen Rücktritt vom Vertrag vor.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Eignungs- und Leistungsprüfung Lieferanten						 Netzdienste RheinMain Ein Unternehmen der Mainova	
für Projekt "Generalsanierung Umspannanlagen (UA)"							
Frage / Anlage Nr.	Kurztext	Teilfrage / Beschreibung	Kriterium				
			Kurztext Kriterium	Eignungsprüfung Wertung	Leistungsprüfung Wertung	Eignungs- prüfung	Leistungs- prüfung
I a - Einzureichende Unterlagen (aus Lieferantenselbstauskunft)							
1	Lieferantenselbstauskunft		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
2	Referenzen (Anlage zu 1.)		Referenzen sind anzugeben	Referenzen vollständig = zugelassen Referenzen unvollständig = ausgeschlossen		X	
3	Zertifikat DIN EN ISO 9001 (Anlage zu 1. – sofern vorhanden)		Zertifikat ist vorzulegen - sofern vorhanden	zugelassen		X	
4	Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferanten (Anlage zu 1.)		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
5	Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (Anlage zu 1.)		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
6	Nachweis (Kopie) der Haftpflichtversicherung (Anlage zu 1.)		Nachweis (Kopie) der Haftpflichtversicherung ist vorzulegen	zugelassen		X	
7	Handelsregister-Auszug		Handelsregister-Auszug ist vorzulegen	zugelassen		X	
8	Erklärung Teil 1 zu Russland Sanktionen		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
9	Erklärung Teil 2 zu Russland Sanktionen		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
10	Eigenerklärung nach §§ 123, 124 GWB		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
11	Nachunternehmererklärung		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
12	Geheimhaltungserklärung		Dokument ist ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben vorzulegen	Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
	Gesamtwertung Unterlagen						
I b - Allgemeine Fragen							
13	Auskunft Creditreform		Abfrage informativ (Ja / Nein)	zugelassen		X	
14	Nachhaltigkeit - Erstellung einer Treibhausgasbilanz		Abfrage informativ	zugelassen		X	
15	Nachhaltigkeitszertifizierung (z.B. Ecovadis)		Abfrage informativ	zugelassen		X	
16	Umweltmanagementsystem nach DIN EN ISO 14001, EMAS oder ähnlich		Abfrage informativ	zugelassen		X	
17	Arbeitsschutzmanagementsystem nach DIN EN ISO 45001 oder ähnlich		Abfrage informativ	zugelassen		X	
18	Vorhandensein nach AMS zertifiziertes Personal		Abfrage informativ (Ja / Nein)	zugelassen		X	

Eignungs- und Leistungsprüfung Lieferanten
für Projekt "Generalsanierung Umspannanlagen (UA)"



Frage / Anlage Nr.	Kurztext	Teilfrage / Beschreibung	Kriterium			Rhein-Main Ein Unternehmen der Mainova	
			Kurztext Kriterium	Eignungsprüfung Wertung	Leistungsprüfung Wertung	Eignungs- prüfung	Leistungs- prüfung
II - Fragenkatalog							
1	Muster einer Projektbeschreibung	Einzureichen sind Unterlagen (Musterpläne, Bilder, Zeichnungen, Kurzbeschreibungen), die ein ähnliches Bauvorhaben, mit einem ähnlichen Leistungsumfang wieder spiegeln.	unzureichend = 0 Punkte ausreichend = 8 Punkte voll umfänglich = 10 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	10 Punkte	X	X
2	Referenzprojekte Leitungstiefbau in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner	Einzureichen ist eine dezidierte Referenzliste aus den folgenden Angaben hervorgehen: Kunde, Darstellung der projektspezifischen Arbeiten (Art des Projekts der Leitungstrasse, Baubeginn, Bauende) Der Nachweis einer Präqualifizierung nach der Leitlinie für die Durchführung eines Präqualifikationsverfahrens von Bauunternehmen vom 13.05.2022 (BMWSB) ist zulässig.	0 Referenzen = 0 Punkte 1 Referenz = 8 Punkte > 1 Referenz = 10 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	10 Punkte	X	X
3	Referenzprojekte Bauwerkssanierung in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner	Einzureichen ist eine dezidierte Referenzliste aus den folgenden Angaben hervorgehen: Kunde, Darstellung der projektspezifischen Arbeiten (Dachsanierung, Fassade, Fundamente, Baubeginn, Bauende, Auftragsvolumen) Der Nachweis einer Präqualifizierung nach der Leitlinie für die Durchführung eines Präqualifikationsverfahrens von Bauunternehmen vom 13.05.2022 (BMWSB) ist zulässig	0 Referenzen = 0 Punkte 1 Referenz = 8 Punkte > 1 Referenz = 10 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	10 Punkte	X	X
4	Erfahrungen im Bereich der Mittelspannung bis 20kV				30 Punkte	X	X
4.1		1. Wie viele Mitarbeiter haben eine Zulassung zur Montage von Mittelspannungsgarnituren, untergliedert in Endverschlüsse und Muffen und die Art der Montagezulassung Kabelstecker, Freiluftendverschlüsse, Innenraumendverschlüsse, Übergangsmuffen von Massekabel auf Kunststoffkabel? Schulungszertifikate vom TÜV oder vergleichbaren Institutionen oder Netzbetreibern bitte beifügen.	< 2 MA = 0 Punkte mind. 2 MA = 7 Punkte bis 5 MA = 8 Punkte > 5 MA = 10 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	10 Punkte	X	X
4.2		2. Nachweis der Firmen-/Personalqualifizierung gem. Vorgabe NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH für den Bereich Mittelspannung.	Vollständig vorhanden = 10 Punkte Nicht vollständig vorhanden (aber Bereitschaft zum vollständigen Erwerb im Auftragsfall) = 8 Punkte Nicht vollständig vorhanden (keine Bereitschaft zum vollständigen Erwerb) = 0 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	10 Punkte	X	X
4.3		3. Anzahl der ausführen Montagen/Jahr an Endverschlüssen und Muffen der letzten 3 Jahre	< 4 = 0 Punkte 4 - 10 = 3 Punkte >10 = 5 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	5 Punkte	X	X

Eignungs- und Leistungsprüfung Lieferanten
für Projekt "Generalsanierung Umspannanlagen (UA)"



Frage / Anlage Nr.	Kurztext	Teilfrage / Beschreibung	Kriterium				
			Kurztext Kriterium	Eignungsprüfung Wertung	Leistungsprüfung Wertung	Eignungs- prüfung	Leistungs- prüfung
4.4		4. Referenzen zur Montage von Mittelspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder Industrieunternehmen mit Kontaktdaten des jeweiligen Ansprechpartners	0 = 0 Punkte 1 = 2 Punkte 2 = 3 Punkte >2 = 5 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	5 Punkte	X	X
4.5		5. Schaltberechtigung Mittelspannungsnetz Wie viele Mitarbeiter haben eine Schaltberechtigung für die Mittelspannung? (nur zur Information)	nur zur Information	nur zur Information	nur zur Information	X	X
5	Erfahrungen im Bereich der Niederspannung bis 1kV				30 Punkte	X	X
5.1		1. Wie viele Mitarbeiter haben eine Zulassung zur Montage von Niederspannungsgarnituren? (Schulungszertifikate vom TÜV oder vergleichbaren Institutionen oder Netzbetreibern bitte beifügen)	< 2 MA = 0 Punkte mind. 2 MA = 3 Punkte bis 5 MA = 4 Punkte > 5 MA = 5 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	5 Punkte	X	X
5.2		2. Nachweis der Firmen-/Personalqualifizierung gem. Vorgabe NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH für den Bereich Niederspannung.	Vollständig vorhanden = 10 Punkte Nicht vollständig vorhanden (aber Bereitschaft zum vollständigen Erwerb im Auftragsfall) = 8 Punkte Nicht vollständig vorhanden (keine Bereitschaft zum vollständigen Erwerb) = 0 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	10 Punkte	X	X
5.3		3. Schaltberechtigung Niederspannung Wie viele Mitarbeiter haben eine Schalt- und Schaltauftragsberechtigung für die Niederspannung?	< 2 MA = 0 Punkte mind. 2 MA = 3 Punkte bis 5 MA = 4 Punkte > 5 MA = 5 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	5 Punkte	X	X
5.4		4. Anzahl der ausgeführten Montagen/Jahr an Niederspannungsgarnituren der letzten 3 Jahre	0 = 0 Punkte 1 = 3 Punkte 2 = 4 Punkte >2 = 5 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	5 Punkte	X	X
5.5		5. Referenzen zur Montage von Niederspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder anderen Unternehmen mit Kontaktdaten des jeweiligen Ansprechpartners	0 = 0 Punkte 1 = 3 Punkte 2 = 4 Punkte >2 = 5 Punkte	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	5 Punkte	X	X
6	Projekterfahrung des Anbieters (30%)	Bewertung des Anbieters gemäß den bisherigen Erfahrungen bei der Abwicklung von Projekten	unzureichend = 0 ausreichend = 5 voll umfänglich = 10	0 Punkte = ausgeschlossen > 0 Punkte = zugelassen	10 Punkte	X	X
7	Abschließende Erklärung			Vorlage vollständig = zugelassen Vorlage unvollständig = ausgeschlossen		X	
Gesamtpunktzahl					100 Punkte		

Eignungs- und Leistungsprüfung Lieferanten für Projekt "Generalsanierung Umspannanlagen (UA)"							
Frage / Anlage Nr.	Kurztext	Teilfrage / Beschreibung	Kriterium				
			Kurztext Kriterium	Eignungsprüfung Wertung	Leistungsprüfung Wertung	Eignungs- prüfung	Leistungs- prüfung



Einkäufer 1

Einkäufer 2

Qualifizierung
100

Fragestellung	Unterthema	Punkte	Punkte Sub	Kriterien
1. Muster einer Projektbeschreibung		10		unzureichend = 0 ausreichend = 8 voll umfänglich = 10
2. Referenzprojekte Leitungstiefbau in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner		10		0 Referenzen = 0 1 Referenz = 8 > 1 Referenz = 10
3. Referenzprojekte Bauwerkssanierung in Städten mit mehr als 100 000 Einwohner		10		0 Referenzen = 0 1 Referenz = 8 > 1 Referenz = 10
4. Erfahrungen im Bereich der Mittelspannung bis 20kV		30	30	
	1. Wie viele Mitarbeiter haben eine Zulassung zur Montage von Mittelspannungsgarnituren, untergliedert Endverschlüsse und Muffen und die Art der Montagezulassung Kabelstecker, Freiluftendverschlüsse, Innenraumendverschlüsse, Übergangsmuffen von Massekabel auf Kunststoffkabel. Schulungszertifikate vom TÜV oder vergleichbaren Institutionen oder Netzbetreibern bitte beifügen.		10	< 2 MA = 0 Punkte mind. 2 MA = 7 Punkte bis 5 MA = 8 Punkte > 5 MA = 10 Punkte
	2. Nachweis der Firmen-/Personalqualifizierung gem. Vorgabe NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH für den Bereich Mittelspannung.		10	Vollständig vorhanden = 10 Punkte Nicht vollständig vorhanden (aber Bereitschaft zum vollständigen Erwerb im Auftragsfall) = 8 Punkte Nicht vollständig vorhanden (keine Bereitschaft zum vollständigen Erwerb) = 0 Punkte
	3. Anzahl der ausgeführten Montagen/Jahr an Endverschlüssen und Muffen der letzten 3 Jahre		5	< 4 = 0 Punkte 4 - 10 = 3 Punkte >10 = 5 Punkte
	4. Referenzen zur Montage von Mittelspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder Industrieunternehmen mit Kontaktdaten des jeweiligen Ansprechpartners		5	0 = 0 Punkte 1 = 3 Punkte 2 = 4 Punkte >2 = 5 Punkte
	5. Schaltberechtigung Mittelspannungsnetz Wie viele Mitarbeiter haben eine Schaltberechtigung für die Mittelspannung (nur zur Information)		n/a	n/a
5. Erfahrungen im Bereich der Niederspannung bis 1kV		30	30	
	1. Wie viele Mitarbeiter haben eine Zulassung zur Montage von Niederspannungsgarnituren. (Schulungszertifikate vom TÜV oder vergleichbaren Institutionen oder Netzbetreibern bitte beifügen)		5	< 2 MA = 0 Punkte mind. 2 MA = 3 Punkte bis 5 MA = 4 Punkte > 5 MA = 5 Punkte
	2. Nachweis der Firmen-/Personalqualifizierung gem. Vorgabe NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH für den Bereich Niederspannung.		10	Vollständig vorhanden = 10 Punkte Nicht vollständig vorhanden (aber Bereitschaft zum vollständigen Erwerb im Auftragsfall) = 8 Punkte Nicht vollständig vorhanden (keine Bereitschaft zum vollständigen Erwerb) = 0 Punkte
	3. Schaltberechtigung Niederspannung Wie viele Mitarbeiter haben eine Schalt- und Schaltauftragsberechtigung für die Niederspannung		5	< 2 MA = 0 Punkte mind. 2 MA = 3 Punkte bis 5 MA = 4 Punkte > 5 MA = 5 Punkte
	4. Anzahl der ausgeführten Montagen/Jahr an Niederspannungsgarnituren der letzten 3 Jahre		5	0 = 0 Punkte 1 = 3 Punkte 2 = 4 Punkte >2 = 5 Punkte
	5. Referenzen zur Montage von Niederspannungsgarnituren von anderen Netzbetreibern oder anderen Unternehmen mit Kontaktdaten des jeweiligen Ansprechpartners		5	0 = 0 Punkte 1 = 3 Punkte 2 = 4 Punkte >2 = 5 Punkte
6. Projekterfahrung des Anbieters		10		unzureichend = 0 ausreichend = 5 voll umfänglich = 10



Lieferantenselbstauskunft



1. Organisation

1.1 Name und Kontaktdaten der Geschäftsführung

Titel

Vorname

Nachname

Telefon

E-Mail

1.2 Name und Kontaktdaten Ansprechpartner/-in Vertrieb

Titel

Vorname

Nachname

Telefon

E-Mail

1.3 Name und Kontaktdaten Ansprechpartner/-in Qualitätssicherung

Titel

Vorname

Nachname

Telefon

E-Mail

1.4 E-Mail-Adresse für den zentralen Bestelleingang in Ihrem Haus

E-Mail

1.5 Mitgliedschaft in Unternehmens-/ Fachverbänden

In welchen Unternehmens-/ Fachverbänden sind Sie Mitglied?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

1.6 Leistungsübersicht/ Produktportfolio

Führen Sie die von Ihnen angebotenen Produkte bzw. Leistungen auf:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

1.7 NACE-Code

Bitte geben Sie den Code Ihres Wirtschaftszweigs so detailliert wie möglich an (<https://nacecode.de/>)

.....

.....

.....

.....

.....

1.8 Branchen-Know-How

Verfügen Sie über Branchen-Know-How in der Energiewirtschaft?

☐ Ja ☐ Nein

Falls Ja, fügen Sie 3 Referenzen unter Angabe der Lieferung/ Leistung und der jeweiligen Auftragssumme als Anlage bei.

2. Qualitätssicherung und Zertifizierung

2.1 Qualitätsmanagement

Verfügen Sie über eine Zertifizierung nach DIN ISO 9001?

☐ Ja ☐ Nein

Falls Ja, fügen Sie Ihren Zertifikatsnachweis bei.

2.2 Qualitätsmanagement – Maßnahmen zur Qualitätssicherung

Sollten Sie andere Maßnahmen zur Qualitätssicherung in Ihrem Unternehmen umsetzen, stellen Sie uns eine entsprechende Beschreibung zur Verfügung:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

2.3 Nachhaltigkeit

Ist Ihr Unternehmen in einer Nachhaltigkeitsinitiative (z. B. Ecovadis, UN Global Compact, oder ähnliches) engagiert?

☐ Ja ☐ Nein

Falls Ja, fügen Sie Ihren Zertifikatsnachweis bei.

2.4 Auditierung

Besteht die Bereitschaft sich von Mainova auditieren zu lassen?

☐ Ja ☐ Nein

3. Compliance

3.1 Insolvenz

Befinden Sie sich im Insolvenzverfahren oder ist über Ihr Vermögen ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden oder ist der Antrag mangels Masse abgelehnt worden?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

3.2 Steuern

Haben Sie Ihre Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

3.3 Kartellverfahren

Wurden Sie in den letzten 5 Jahren wegen der Beteiligung an einem Kartell rechtskräftig mit Geldbuße oder einer sonstigen Sanktion belegt?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

4. Grundlagen der Zusammenarbeit

4.1 Haftpflichtversicherung

Können Sie eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR nachweisen?

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

4.2 Verhaltenskodex

Senden Sie den unterschriebenen Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex (siehe Anlage) mit.

**Ist für eine Zusammenarbeit zwingend erforderlich.*

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

4.3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Senden Sie den unterschriebenen Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (siehe Anlage) mit.

**Ist für eine Zusammenarbeit zwingend erforderlich.*

☐ Ja ☐ Nein

Kommentar:

.....

.....

.....

.....

Nochmal für Sie als Checkliste

Im Idealfall fügen Sie unserer Lieferantenselbstauskunft folgende Dokumente hinzu:

- ☐ Referenzen
- ☐ Zertifikat DIN ISO 9001
- ☐ Zertifikat Nachhaltigkeitsinitiative
- ☐ Nachweis zur Einhaltung des Verhaltenskodex
- ☐ Nachweis zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes

Hinweis: Bitte fügen Sie eventuelle Anlagen im PDF-Format bei.

Firmenbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort



Mainova AG
M3-Z - Einkauf und zentrale Dienste
60623 Frankfurt am Main

Eigenerklärung zum gesetzlichen Mindestlohn

In Ergänzung der mit der Mainova AG bestehenden vertraglichen Vereinbarungen geben wir die nachfolgende Erklärung ab:

Uns ist bekannt, dass ab dem 1. Januar 2015 jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer nach dem Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) Anspruch auf Zahlung eines Arbeitsentgelts mindestens in Höhe des Mindestlohns durch den Arbeitgeber hat.

Zudem ist uns bekannt, dass Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer bestimmter Branchen nach dem Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) i.V.m. allgemeinverbindlichen Tarifverträgen oder Rechtsverordnungen Anspruch auf Zahlung eines Mindestentgeltes haben können.

1. Wir verpflichten uns auch gegenüber der Mainova AG, zur Zahlung des jeweils anwendbaren Mindestlohns/Mindestentgelts und zur Erfüllung sonstiger Zahlungsansprüche auf der Grundlage des MiLoG sowie des AEntG. Diese Pflicht schließt die Pflicht zur rechtzeitigen Zahlung ein.
2. Ferner sichern wir zu, dass wir bei der Einschaltung eines Sub-/Nachunternehmers oder Verleihers diesen und ggf. von diesem eingesetzte weitere Auftragnehmer oder Verleiher ihrerseits vertraglich verpflichten, den Arbeitnehmern den/das jeweils nach dem MiLoG oder dem AEntG geschuldete(n) Mindestlohn/Mindestentgelt rechtzeitig zu zahlen.
3. Sobald unsererseits der Verdacht besteht, dass in unserem Unternehmen, bei einem Sub-/ Nachunternehmer oder Ver-

leiher der Mindestlohn/das Mindestentgelt unterschritten wird, besteht für uns die Verpflichtung, die Mainova AG hierüber umgehend zu informieren. Zudem ist die Mainova AG berechtigt, die Vorlage von Unterlagen zu verlangen, aus denen sich die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG und dem AEntG zweifelsfrei ergibt. Diese Berechtigung zur Vorlage bezieht sich insbesondere auf die Lohnunterlagen sowie Arbeitszeitaufzeichnungen der von uns beschäftigten und bei der Mainova AG eingesetzten Arbeitnehmern. Soweit zur Auftragserfüllung unsererseits Sub-/ Nachunternehmer oder Verleiher eingesetzt werden, verpflichten wir uns, sicherzustellen, dass entsprechende Auskunftsansprüche der Mainova AG auch gegenüber den Sub-/ Nachunternehmern und Verleihern vertraglich abgesichert werden.

Für den Fall der Inanspruchnahme der Mainova AG durch Arbeitnehmer eines anderen Unternehmens gelten ferner die folgenden Regelungen:

- Haftet die Mainova AG gegenüber unseren Arbeitnehmern und/oder den von uns beauftragten Sub-/ Nachunternehmern oder Verleihern eingesetzten Arbeitnehmern auf Zahlung des Mindestlohns/Mindestentgelts infolge der nicht ordnungsgemäßen Erfüllung der Verpflichtungen nach dem MiLoG oder dem AEntG, werden wir die Mainova AG von dieser Haftung gegenüber Dritten freistellen.
- Wir verpflichten uns, die Mainova AG bei der Abwehr von Mindestlohnklagen zu unterstützen und hierbei mitzuwirken, insbesondere die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Verhaltenskodex für Lieferanten des Mainova Verbunds



Allgemein

Als einer der größten deutschen regionalen Energieversorger ist Nachhaltigkeit für Mainova bereits lange eine wichtige Leitplanke und fester Bestandteil unseres unternehmerischen Handelns. Für Mainova bedeutet Nachhaltigkeit, dass wir uns als Teil der Gesellschaft begreifen, ökologische und soziale Verantwortung übernehmen und so die öffentliche Akzeptanz sowie den wirtschaftlichen Erfolg unseres Unternehmens dauerhaft sichern. In einem Wort: Wir verstehen unter Nachhaltigkeit „Zukunftssicherung“.

Wir stehen in der ökonomischen, ökologischen und sozialen Verantwortung, unseren Beitrag zur Zukunftssicherung für unsere Anspruchsgruppen transparent und glaubwürdig zu leisten.

Daher haben wir Nachhaltigkeit in unserer Unternehmensstrategie verankert und nutzen die Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen als Kompass für unser nachhaltiges Handeln.

Neben den SDG dienen uns der UN Global Compact (UNGC) sowie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als Rahmenwerk. Sie definieren unseren Anspruch an die Themen Arbeits- und Menschenrechte, Ethik sowie Umweltschutz. Wir erwarten von unseren Lieferanten und auch deren Lieferanten und Zulieferern, dass sie ihrem Handeln dieselben Grundsätze zugrunde legen, allen geltenden Gesetzen gerecht werden und die international anerkannten Umwelt-, Sozial- und Corporate Governance-Standards nach UNGC und ILO anerkennen und einhalten.

Unser Verhaltenskodex für Lieferanten zeigt die gleiche Erwartungshaltung an unsere Lieferanten auf, die wir als Mainova auch uns selbst auferlegt haben. Nachhaltiges Lieferantenmanagement und wertschätzende Geschäftsbeziehungen sind uns wichtig. Wir möchten im Dialog einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess mit unseren Lieferanten vorantreiben, der auch zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt. Durch die Kommunikation unserer Werte sollen bestehende Partnerschaften intensiviert und neue Geschäftsbeziehungen auf einer verantwortungsvollen Basis begonnen werden.

Die Grundsätze dieses Lieferantenkodex bilden einen wichtigen Bestandteil der Lieferantenauswahl und -bewertung. Unsere Lieferanten stellen dabei die Anwendung der Prinzipien des Verhaltenskodex sicher, und informieren ihre zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über diese Verhaltensprinzipien. Des Weiteren ergreifen sie Maßnahmen, welche die Umsetzung der jeweiligen Bestimmungen durch ihre zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherstellen.

Jeder Verstoß gegen die im Verhaltenskodex für Lieferanten genannten Verpflichtungen wird als wesentliche Vertragsverletzung seitens des Lieferanten betrachtet. Dieser kann zur sofortigen Beendigung der Geschäftsbeziehungen sowie zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen und sonstigen Rechten führen.



Arbeits- und Menschenrechte

► Menschenrechte

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass der Schutz und der eigene Beitrag zu den international geltenden Menschenrechten eine zentrale Rolle in ihrem Unternehmensleitbild und allen Tätigkeiten spielt. Dazu zählen insbesondere die Abschaffung und Vermeidung von Kinderarbeit, die Beseitigung von Zwangsarbeit, das Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf und das Recht auf Kollektivverhandlungen und auf Vereinigungsfreiheit. Es soll sichergestellt sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lieferanten fair behandelt werden und weder unter Missbrauch, Belästigung, körperlicher Bestrafung und Folter, oder unter Drohung und Zwang ihre Tätigkeit ausführen müssen. Außerdem sind sie dazu aufgefordert sicherzustellen, dass auch in ihrer Lieferkette keine Menschenrechtsverletzungen erfolgen.

► Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschützt und die Sicherheit am Arbeitsplatz durch Präventionsmaßnahmen, wie regelmäßige Kontrollen und Begutachtungen, sichergestellt ist. Das vorrangige Ziel soll das Vermeiden von gesundheitlichen Schäden sein.

► Diversität und Inklusion

Wir erwarten von unseren Lieferanten Gleichberechtigung im Umgang mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hierzu zählt, dass eine Person nicht anhand von irrelevanten individuellen Kriterien, wie zum Beispiel Geschlecht, Behinderung, Alter, nationale oder soziale Herkunft, politische Zugehörigkeit, Schwangerschaft, Religion, ob bewusst oder unbewusst, in unterschiedlicher Weise behandelt wird. Es wird dazu aufgefordert das Arbeitsumfeld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Lieferanten vor Diskriminierung oder Belästigung Einzelner zu schützen.

► Einhaltung gesetzlicher arbeitsrechtlicher Anforderungen

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass die jeweils vorgegebenen geltenden gesetzlichen Regelungen sowie die ILO-Standards zur Arbeitszeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingehalten werden. Die Lieferanten sind dazu verpflichtet sich an die Vorgaben zum Mindestlohngesetz (MiLoG) in Deutschland zu halten. Die Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll generell in fairer und wettbewerbsfähiger Weise erfolgen.



Ethik

► Integrität im Geschäftsverkehr und Antikorruption

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie ihre Geschäftstätigkeit integer ausüben. Das beinhaltet, dass unsere Lieferanten Korruption, Erpressung, Untreue, Unterschlagung und Geldwäsche in jeglicher Form verbieten, nicht selbst praktizieren und nicht dulden. Außerdem dürfen keine gesetzeswidrigen Zahlungen oder sonstigen Zuwendungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Amtsträgerinnen und Amtsträger, um Entscheidungsfindungen zu beeinflussen, gewährt werden. Es darf nicht gegen geltende Gesetze oder ethische Standards verstoßen werden und es liegen keine rechtskräftigen Verurteilungen wegen Steuervergehen, Kartellabsprachen, Bestechungsdelikte oder sonstiger vorsätzlicher Straftaten vor.

► Interessenskonflikte

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie uns über jede Situation informieren, die zu einem Interessenkonflikt führen könnte. Das beinhaltet z. B. wenn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berufliche, private und/oder erhebliche finanzielle Vorteile durch die Zusammenarbeit mit Lieferanten genießen oder Beteiligungen an einem Unternehmen des Lieferanten haben.

► Fairer Wettbewerb

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass alle geltenden nationalen und internationalen Kartellgesetze beachtet und eingehalten werden. Dies umfasst, dass unsere Lieferanten gegen unlauteren, intransparenten und eingeschränkten Wettbewerb vorgehen und nach Möglichkeit entsprechende Präventivmaßnahmen ergreifen.

► Datenschutz

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass der Schutz vertraulicher Informationen und geistiger Eigentumsrechte in angemessener und gesetzeskonformer Weise gehandhabt werden. Es wird vorausgesetzt, dass sie vertrauliche Daten und Informationen nicht an Dritte weitergeben und dass diese zusätzlich nur gesichert abgespeichert sind.



► Ressourcen- und Klimaschutz

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie einen schonenden und sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen fördern und diese in effizienter Weise nutzen. Des Weiteren soll die Verwendung von energieeffizienten und umweltfreundlichen Technologien im Vordergrund stehen. Es soll ihnen ein Anliegen sein, die negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Umwelt wie den Verlust der Biodiversität, den Klimawandel oder die Wasserknappheit aktiv zu verringern und hierbei durch eigene entwickelte Strategien tatkräftig entgegenzuwirken. Außerdem sollen sich die Lieferanten engagiert für klimafreundliche Verfahren, Materialien und Produkte einsetzen.

► Abfall und Emissionen

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie ihren Beitrag zur Reduzierung von anfallenden Abfallmengen leisten. Ebenso sollen die durch ihre Tätigkeiten entstehenden Emissionen in Luft, Wasser und Boden kontrolliert und minimiert werden.

► Notfall- und Präventionsmaßnahmen und Umgang mit Gefahrstoffen

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass bei der Entwicklung, Herstellung, sowie dem Transport, der Verwendung und der Entsorgung Ihrer Produkte, Sicherheit und Umweltverträglichkeit gefördert und gewährleistet werden. Der Schutz vor Gefährdung der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, als auch der gesamten Öffentlichkeit, muss durch Präventionsmaßnahmen und Risikotrainings sicher gestellt sein. Zudem soll der Umgang mit Stoffen sowie der damit verbundenen Tätigkeiten, die möglicherweise eine negative Auswirkung auf die Menschen und die Umwelt darstellen, einer kontinuierlichen Kontrolle unterzogen und angemessen gehandhabt werden. Dies betrifft insbesondere auch solche Stoffe, die unter die REACH-Verordnung fallen. Es muss sichergestellt sein, dass Gefahrenstoffe im direkten Umgang, wie in der Beschaffung, Handhabung, Bewegung, Lagerung, Wiederverwendung und Entsorgung, keine Gefahr für die Umwelt und die Menschen darstellen. Sie müssen aufgrund dessen explizit gekennzeichnet werden.

► Lieferantenentwicklung

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass in wertschätzender Zusammenarbeit die Nachhaltigkeitsperformance aller Beteiligten kontinuierlich verbessert wird. Dabei behalten wir uns vor, ausgewählte Lieferanten aufzufordern einen Fragebogen zu Themen der Nachhaltigkeit auszufüllen und ggf. gemäß des Mainova Lieferantenkodex zu auditieren. Bei Bedarf sollen Lieferanten nachweisen können, dass allgemein anerkannte Qualitätsstandards erfüllt werden. Dabei treten wir in den direkten Dialog mit Lieferanten und führen Entwicklungsgespräche durch, mit dem Fokus der kontinuierlichen Verbesserungen in puncto Nachhaltigkeit und deren Dokumentation.

► Beschwerdemechanismus

Mainova ist bestrebt, Verstöße gegen geltendes Recht, allgemeine Verhaltensstandards oder interne Grundsätze zu erkennen und abzustellen. Mainova ist darauf angewiesen, dass potentiell Fehlverhalten gemeldet wird. Nur so können Missstände frühzeitig aufgedeckt und unverzüglich behoben werden. Daher sollten Sie sich bei Hinweisen auf Fehlverhalten umgehend mit der Compliance-Abteilung der Mainova AG oder unserer externen Ombudsperson telefonisch oder schriftlich in Verbindung setzen.

Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Chief Compliance Officer:

Frau Christina Stoyanov
Solmsstraße 38
60486 Frankfurt am Main
E-Mail: compliance@mainova.de
Telefon: 069 213-25212

Ombudsperson:

Frau Rechtsanwältin Dr. Caroline Jacob
Kaiserstraße 22
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: dr-jacob@dr-buchert.de
Telefon: 069 71033330

Die Kommunikation mit unseren Meldestellen wird selbstverständlich vertraulich und ohne jegliche Sanktionsmaßnahmen behandelt. Informationen über die Identität des Hinweisgebers oder über Umstände, die Rückschlüsse auf seine Identität können nur weitergegeben werden, wenn dies für Folgemaßnahmen notwendig ist und der Hinweisgeber in die Weitergabe einwilligt oder wenn dies eine verhältnismäßige Pflicht im Rahmen von Untersuchungen durch nationale Behörden oder von Gerichtsverfahren darstellt.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) und Firmenstempel

Firmenbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLT, Ort

Eigenerklärung

Beschaffung: _____

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

Der Auftragnehmer / die Auftragnehmer gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5aa) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) mit einer in Russland niedergelassenen nachfolgend aufgeführten juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die sich unter öffentlicher Kontrolle oder zu über 50 % in öffentlicher Inhaberschaft befindet oder bei der Russland und seine Regierung oder Zentralbank das Recht auf Gewinnbeteiligung hat oder Russland und seine Regierung oder Zentralbank andere wesentliche wirtschaftliche Beziehungen unterhält,
- b) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die außerhalb der Union niedergelassen ist und deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der nachfolgend aufgeführten Unternehmen gehalten werden, oder
- c) einer juristischen Person, Organisation oder Einrichtung, die im Namen oder auf Anweisung eines der nachfolgend aufgeführten Unternehmen handelt.

Liste der betroffenen staatseigenen Unternehmen:

- OPK OBORONPROM
- UNITED AIRCRAFT CORPORATION
- URALVAGONZAVOD
- ROSNEFT
- TRANSNEFT
- GAZPROM NEFT
- ALMAZ-ANTEY
- KAMAZ
- ROSTEC (RUSSIAN TECHNOLOGIES STATE CORPORATION)
- JSC PO SEVMASH
- SOVCOMFLOT
- UNITED SHIPBUILDING CORPORATION

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Firmenbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLT, Ort

- Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 -

Eigenerklärung

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

Geschäftszeichen des Auftraggebers: _____

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
 - b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
 - c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Firmenbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLT, Ort

Eigenerklärung zum Nachweis der Zuverlässigkeit in Anlehnung an §§ 123, 124 GWB

Ich erkläre, dass eine Person, deren Verhalten dem Bieter zuzurechnen ist (insbesondere Geschäftsführer, Prokuristen, sowie an der Ausschreibung oder Bearbeitung des ausgeschriebenen Auftrags beteiligte Personen), nicht rechtskräftig verurteilt ist wegen:

- a) §129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), §129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristische Vereinigungen), §129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- b) §261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- c) §263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- d) §264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) §334 des Strafgesetzbuches (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung Artikel 7 Abs. 2 Nr. 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und §2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes,
- f) Artikel 2 §2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- g) §370 Abgabenordnung, auch in Verbindung mit §12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG).

Ich erkläre ferner,

- h) dass der Bieter ordnungsgemäß in das Handelsregister eingetragen ist,
- i) dass keine Eintragungen im Gewerbezentralregister gegen den Bieter vorliegen und eine solche Eintragung auch nicht droht.

Des Weiteren erkläre ich, dass

- j) über das Vermögen des Bieters kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- k) sich der Bieter nicht in Liquidation befindet,
- l) der Bieter seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung stets ordnungsgemäß erfüllt hat,
- m) der Bieter die Vorschriften des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) einhält,
- n) keine sonstige schwere Verfehlung vorliegt, durch welche die Zuverlässigkeit des Bieters oder eine für diesen verantwortlich handelnde Person infrage gestellt ist.

Ich bin mir bewusst, dass falsche Angaben in dieser Erklärung einen Ausschluss vom Vergabeverfahren zur Folge haben können. Mir ist bekannt, dass sich der Auftraggeber vorbehält, zur weiteren Prüfung konkrete Nachweise zu fordern.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Firmenbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLT, Ort

Nachunternehmererklärung nach §34 SektVO

Hinweis: Dieser Vordruck ist auszufüllen, wenn sich der Bieter zur Erfüllung von Mindestanforderungen der Qualifikation eines oder mehrerer Nachunternehmer bedient. Je nach Anzahl der Unternehmen, auf deren Ressourcen und Erfahrung sich der Einzelbewerber / die Bietergemeinschaft bezieht, ist dieser Vordruck gegebenenfalls zu vervielfältigen.

Der Bewerber / die Bietergemeinschaft

beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der folgenden Fähigkeiten unseres Unternehmens zu bedienen:

Hiermit verpflichten wir uns, bei einer Zuschlagserteilung auf das Angebot des o. g. Bewerbers / der o. g. Bietergemeinschaft die o. g. Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Firmenbezeichnung

Straße, Hausnummer

PLT, Ort

Geheimhaltungserklärung

Hiermit erklären wir, dass wir alle Informationen, die die Mainova AG uns in Verbindung mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu dieser Ausschreibung zur Verfügung stellt, vertraulich behandeln und nur im Rahmen der Angebotserstellung nutzen werden.

Wir verpflichten uns, sämtliche von der Mainova AG erlangte Informationen als Betriebsgeheimnis zu behandeln und nur Mitarbeitern zugänglich zu machen, die mit der Bearbeitung der Ausschreibung bzw. des Auftrags unmittelbar befasst sind, und die wir in gleicher Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet haben.

Wir verpflichten uns, über alle aus dieser Ausschreibung entstandenen oder noch entstehenden Erkenntnisse, Unterlagen oder Daten, deren Ablauf und Ergebnisse, strengstes Stillschweigen gegenüber Dritten, einschließlich anderer Vertragspartner, zu bewahren.

Soweit wir zur Auskunft hinsichtlich beruflich zur Verschwiegenheit verpflichteter Dritter verpflichtet sind (bspw. Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte insb. in der Funktion als Insolvenzverwalter, Behörden), so werden wir nach den Grundsätzen der Datensparsamkeit nur insoweit Auskunft geben, als dies unumgänglich ist. In einem solchen Fall werden wir Mainova über die Auskunft unverzüglich nach Erhalt des Auskunftsbegehrens hierüber in Kenntnis setzen, so dass ggf. Mainova etwa im Falle eines unberechtigten behördlichen Auskunftsbegehrens sich bspw. an Rechtsmitteln gegen diese beteiligen kann.

Diese Verpflichtung bleibt auch nach der Beendigung der Ausschreibung für die Dauer von drei Jahren bestehen.

Hinweis 1:

Für den Fall, dass wir den Zuschlag erhalten, erklären wir uns bereits jetzt damit einverstanden, eine Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung (AVV) gemäß EU-DSGV, nach dem vom Auftraggeber bereitgestellten Muster auszufüllen und zu unterzeichnen.

Hinweis 2:

Der Auftraggeber behält sich vor, im weiteren Verfahren die Unterzeichnung einer weiteren Geheimhaltungsvereinbarung zu fordern. Dies ist insbesondere bei Zugriff des Auftragnehmers auf Baupläne im Rahmen des Informationssicherheitsmanagements des Auftraggebers erforderlich. Der Auftragnehmer erklärt sich hiermit einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift (Geschäftsführer oder Vorstand) / Firmenstempel

Anlage

Anforderungen an die Firmen- / Personenqualifizierung

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Qualifizierungen sind durch den Anbieter nachzuweisen und stellen als Pflichtkriterium die Grundlage für Arbeiten für die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH dar.

Arbeitsbereich	Notwendige Qualifizierung	Durchführung von ...	Gültigkeit	Beschreibung / Bemerkung
Strom NSP Niederspannung bis 1kV	Unternehmen:			
	Verantwortliche Elektrofachkraft (VEFK)	n/a	n/a	Nachweis der Stellung einer VEFK durch den Anbieter
	Jährliche Unterweisung der Mitarbeitenden	Anbieter	1 Jahr	Nachweis durch Anbieter
	Mitarbeitende:			
	Schulung GW 128 (Grundschulung) „Einfache vermessungstechnische Arbeiten an Versorgungsnetzen gemäß DVGW GW 128 und/oder VDE/FNN Hinweis S 128“	Extern	3 Jahre	Vorlage Nachweis bei NRM
	Aufbauschulung GW 128	NRM	3 Jahre	(Dauer: 1 Tag, inhouse)
	Probearbeit unter Arbeitsbedingungen	NRM	unbegrenzt	
	Zertifikat / Teilnahmebescheinigung NSP-Schulung (Kunststoff, NAKBA, NAKLEY, Arbeiten an Schaltanlagen /NSP/HA)	Extern	unbegrenzt	Vorlage Nachweis bei NRM
	Schulung NS-Schaltberechtigung	Extern + Inhouse Schulung NRM	unbegrenzt bis auf Widerruf	Schulung GW 128, Probearbeit unter Arbeitsbedingungen und Zertifikat NSP-Schulung + zus. Inhouse-Schulung NRM
	Schulung „Nachrichtenkabelmontagen“	NRM	unbegrenzt	

	Schulung „NS- Prüfen, Messen, Ausphasen“ oder gleichwertig -> Änderung Kabel- & Phasenidentifizierung?	Extern (z.B. von Gossen)	unbegrenzt	Vorlage Nachweis bei NRM
--	---	-----------------------------	------------	--------------------------

Arbeitsbereich	Notwendige Qualifizierung	Durchführung von ...	Gültigkeit	Beschreibung / Bemerkung
	Schulung DGUV-R 112-198 PSaG	Anbieter / Extern	unbegrenzt	Vorlage Nachweis bei NRM muss jedoch auch in Jahresunterweisung vorhanden sein

Arbeitsbereich	Notwendige Qualifizierung	Durchführung von ...	Gültigkeit	Beschreibung / Bemerkung
Strom MSP Mittelspannung bis 20kV	Unternehmen:			
	Verantwortliche Elektrofachkraft (VEFK)	n/a	n/a	Nachweis der Stellung einer VEFK durch den Anbieter
	Jährliche Unterweisung der Mitarbeitenden	Anbieter	1 Jahr	Nachweis durch Anbieter
	Mitarbeitende:			
	Probearbeit unter Arbeitsbedingungen	NRM	unbegrenzt	
	Unterweisung Steckermontage durch Hersteller (Produktschulungen des Garniturherstellers)	Extern (z.B. Pfisterer)	4 Jahre	Vorlage Nachweis bei NRM
	Zertifikat / Teilnahmebescheinigung Mittelspannungsschulung	Extern (z.B. Tyco, Nexans, Raychem)	unbegrenzt	Vorlage Nachweis bei NRM
	Schulung DGUV-R 112-198 PSaG	Anbieter / Extern	unbegrenzt	Vorlage Nachweis bei NRM
				muss jedoch auch in Jahresunterweisung vorhanden sein

Arbeitsbereich	Notwendige Qualifizierung	Durchführung von ...	Gültigkeit	Beschreibung / Bemerkung
Strom NSP & MSP Tiefbau	Unternehmen:			
	Verantwortliche Elektrofachkraft (VEFK)	n/a	n/a	Nachweis der Stellung einer VEFK durch den Anbieter
	Jährliche Unterweisung der Mitarbeitenden	Anbieter	1 Jahr	Nachweis durch Anbieter
	Zertifizierung GW 381 - Leitungstiefbau	Extern		Nachweis durch Anbieter
	Gütezeichen RAL-GZ 962-2 - Kabelleitungstiefbau	Gütegemeinschaft Leitungstiefbau e.V.		Nachweis durch Anbieter
	Mitarbeitende:			
	Schulung GW/S 129 - Sicherheit bei Bauarbeiten im Bereich von Versorgungsleitungen	Extern		Nachweis durch Anbieter
	Schulung Verkehrssicherung (RSA, ZTV-SA, MVAS)	Extern		Nachweis durch Anbieter
	Schulung / Kenntnisse TRGS 519 - Asbest - Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten (siehe Bemerkung)	Extern		Für Behandlung / Entsorgung von Asbest ist eine Fachfirma hinzuzuziehen (Meldung beim RP vorhanden, Nachweis TRGS 519 vorhanden, Meldung der Fachfirma an NRM notwendig). In jedem Fall hat der Anbieter sicherzustellen, dass Asbesthaltige Materialien auf der Baustelle sicher erkannt werden.

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Mainova AG (AEB)



Die nachstehenden Einkaufsbedingungen gelten für sämtliche Verträge über Lieferungen und Leistungen zwischen dem jeweils vertragschließenden Verbundunternehmen der Mainova AG (nachstehend „**Auftraggeber**“ oder „**AG**“) und Dritten (nachstehend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“). Gemeinsam AG und AN im Folgenden auch **Vertragspartner** genannt. Zu dem Verbund Mainova gehören die Mainova Aktiengesellschaft, NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Mainova ServiceDienste GmbH und SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH.

1. Auftrag, Bestellung, Angebotsbedingungen/ Vertragsabschluss

- 1.1 Aufträge (Bestellungen) werden schriftlich erteilt. Die Einhaltung der Schriftform gilt bei der Übermittlung per E-Mail oder Fax oder elektronischem Vergabebot als gewahrt.
- 1.2 Die Auftragserteilung ist vom Auftragnehmer in jedem Fall schriftlich zu bestätigen. Die Bestellung des AG gilt als angenommen, wenn sie vom Auftragnehmer nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab Bestelldatum schriftlich abgelehnt wird oder wenn der AN innerhalb der Frist widerspruchslos mit der Ausführung der bestellten Leistungen beginnt. Dies entbindet den Auftragnehmer nicht von der Verpflichtung, dem Auftraggeber eine Auftragsbestätigung zu schicken. Mit „Leistung“ ist der Vertragsgegenstand einschließlich aller Nebenleistungen gemeint, den der AN für den AG zu erbringen hat.
- 1.3 Auftragsbestätigungen, die von der Bestellung oder dem Angebot abweichen, sind unwirksam. In diesem Fall hat der Inhalt der Bestellung Vorrang.

2. Vertragsbestandteile

- 2.1 Vertragsbestandteile sind, in der Rangfolge der nachstehenden Auflistung:
 - a) das Auftragssschreiben (Bestellung) des Auftraggebers mit seinen Anlagen (z. B. Verhandlungsprotokolle, Leistungsbeschreibung, Ausschreibungsunterlagen etc.),
 - b) diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen des Auftraggebers (AEB),
 - c) die anerkannten Regeln der Technik, die einschlägigen technischen Vorschriften und Regelwerke einschließlich der DIN-Normen und der europäischen Spezifikationen in ihrer jeweils gültigen Fassung,
 - d) die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB),
 - e) der technische Teil des das Angebots des Auftragnehmers mit seinen Anlagen.
- 2.2 Mit Einbeziehung dieser Einkaufsbedingungen erkennt der Auftragnehmer an, dass die in diesen Einkaufsbedingungen enthaltenen Regelungen Vertragsbestandteil werden und, dass eigene Vertragsbestimmungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungsbedingungen, keine Gültigkeit haben, und zwar auch dann nicht, wenn in dem Angebot des Auftragnehmers oder sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

3. Ausführung von Verträgen und Lieferungen

- 3.1 Lieferungen müssen während der allgemeinen Dienststunden des Auftraggebers an die im Auftrag angegebene Verwendungsstelle erfolgen.
- 3.2 Lieferungen des Auftragnehmers sind durch Belege (Lieferscheine, Originalwiegekarte, Frachtbrief usw.) nachzuweisen. Bei allen Lieferungen sind auf den Lieferbelegen anzugeben:
 - Lieferort,
 - der Gegenstand der Lieferung, Artikelnummer,
 - das Lieferdatum,
 - die Menge bzw. das Gewicht,
 - Bezeichnung der Bauteile, ggf. Anzahl der Einzelteile mit genauer Bezeichnung,
 - Annehmender,
 - Bezeichnung der Projektmaßnahme,
 - vollständige Bestellnummer oder die Nummer des Mengen- oder Wertkontraktes zusammen mit der Nummer des Abrufes,
 - das amtliche Kennzeichen des Kraftwagens, mit dem die Lieferung erfolgte,
 - bei Gefahrgütern die Klassifizierung nach den Vorschriften der Gefahrgutverordnung für das jeweilige Transportmittel (GGVSE, etc.).
- 3.3 Abweichend davon, findet bei Verträgen, die die Errichtung eines Werkes zum Gegenstand haben, der Gefahrübergang erst bei Abnahme statt (§ 644 BGB).

- 3.4 Bei Verträgen, die neben der Lieferung einer Sache auch deren Montage zum Gegenstand haben, findet der Gefahrübergang erst mit Abschluss der Montage statt, jedoch nicht bevor dem Auftraggeber Gelegenheit zur Überprüfung gegeben worden ist. Sachen oder Werke, die einer Bedienung und/oder Überwachung bedürfen, sind bis zur Abnahme bzw. bis Montageabschluss und Übergabe an den AG vom AN eigenverantwortlich und in Abstimmung mit dem AG zu betreiben (z. B. Probetrieb) und gegen Verschlechterung und Diebstahl zu sichern. Sicherung, Betrieb und Wartung haben in diesem Zeitraum durch den AN fachmännisch sowie unter Einhaltung der Herstellervorgaben zu erfolgen.
- 3.5 Der Auftragnehmer ist im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften verpflichtet, auf Verlangen des Auftraggebers das verwendete Verpackungsmaterial zurückzunehmen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Die Kosten für Verpackung und Versand trägt der Auftragnehmer.
- 3.6 Alle für Betrieb, Wartung, Reparatur usw. erforderlichen Unterlagen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber rechtzeitig und kostenlos auszuhändigen. Sie sind wesentliche Bestandteile der vertraglichen Lieferung und Leistung. Sie werden Eigentum des Auftraggebers. Der Auftragnehmer haftet für den gesamten Schaden, der dem Auftraggeber aus der Verletzung dieser Verpflichtung entsteht.
- 3.7 Der Auftragnehmer wird ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers den Vertrag oder Teile desselben weder abtreten noch übertragen, belasten oder untervergeben.
- 3.8 Der AG ist berechtigt, die Zustimmung zu einer Untervergabe durch den AN aus wichtigem Grund zu verweigern oder aus wichtigem Grund zu widerrufen. Als wichtiger Grund gelten in diesem Zusammenhang auch Verstöße gegen den Lieferantenkodex (siehe auch Ziffer 20.2), denen trotz vorheriger Abmahnung des AG keine Abhilfe durch den AN, auch im Verhältnis zum Subunternehmer, geleistet wird.
- 3.9 Der AN hat den AG auf evtl. Widersprüche und/oder Lücken in Planungs- und Ausschreibungsunterlagen vor dem Vertragsabschluss hinzuweisen. Im Zweifel ist die hochwertigere Leistung einzuplanen. Der AG entscheidet bei Widersprüchen oder Lücken in gleichrangigen Vertragsunterlagen über die Art der Ausführung nach billigem Ermessen. Diese Leistungsbestimmung stellt keine Leistungsänderung dar und ist auf den Werklohnanspruch des AN ohne Einfluss.

4. Änderung des Leistungsumfanges

- 4.1 Der Auftraggeber kann bei Verträgen über die Erbringung von Leistungen (z. B. Werkvertrag) Änderungen des Leistungsumfanges (einschließlich der vertraglich vereinbarten Termine) verlangen, soweit dies im Einzelfall nicht ausnahmsweise unzumutbar für den Auftragnehmer ist. Der Auftragnehmer wird einem solchen Verlangen nachkommen. Grundsätzlich gilt für Änderungen des vertraglich vereinbarten Leistungsumfanges bei Werk- oder Bauverträgen: Es gelten §§ 650 b ff. BGB.
- 4.2 Werden durch Änderung in der Beschaffenheit der Leistung die Grundlagen des Preises für die im Vertrag vorgesehene Leistung geändert, so ist ein neuer Preis unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten schriftlich zu vereinbaren. Der AN wird dem AG unverzüglich, spätestens binnen 5 Werktagen, nach Zugang eines Änderungsbegehrens ein prüfbares Nachtragsangebot, über die infolge des Änderungsbegehrens begehrte Mehr- oder Mindervergütung unterbreiten. Hierbei sind die jeweiligen vertraglichen Grundlagen vom AN zu beachten. Für die Beauftragung der geänderten Leistung (Nachtrag) ist ausschließlich der Einkauf des AG befugt. Zusätzliche oder geänderte Leistungen, die ohne eine Nachtragsbestellung erbracht werden, gelten als nicht beauftragt. In der Vereinbarung sind etwaige Auswirkungen der Leistungsänderung auf sonstige Vertragsbedingungen, insbesondere auf Ausführungsfristen, zu berücksichtigen. Die Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen.
- 4.3 Die Mehrvergütung gem. Ziffer 4.2 beschränkt sich auf den tatsächlich entstehenden Mehraufwand, der auf Grundlage der einschlägigen Einheitspreise zu berechnen ist. Sind keine

Einheitspreise vereinbart oder einschlägig (beispielsweise im Fall von Pauschalen), hat der AN den Nachweis zu führen, dass er vor Vertragsschluss die Kosten in der entsprechenden Höhe kalkuliert hat. Bei der Bestimmung des Mehraufwands sind ersparte Aufwendungen in gleicher Weise in Abzug zu bringen. Kosten, die auch ohne die Änderung angefallen wären, dürfen nicht als Mehraufwand in Rechnung gestellt werden. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei geänderten Leistungen möglichst wirtschaftlich zu handeln und alle zumutbaren Maßnahmen zu treffen, damit vermeidbare Mehrkosten nicht anfallen.

4.4 In Fällen drohender Terminverzögerungen oder bei Gefahr in Verzug kann der Auftraggeber verlangen, dass der Auftragnehmer bereits vor einer einvernehmlichen Regelung der Kosten mit der Ausführung beginnt. Der Auftragnehmer wird diesem Verlangen nachkommen. In diesem Fall verständigen sich die Vertragspartner im Nachgang auf einen angemessenen Preis nach Maßgabe von Ziffer 4.3.

4.5 Leistungen, die der Auftragnehmer ohne Auftrag (Bestellanpassung) oder unter eigenmächtiger Abweichung vom Vertrag ausführt, werden nicht vergütet. Solche Leistungen hat er auf Verlangen innerhalb einer angemessenen Frist zurückzunehmen oder zu beseitigen, andernfalls können sie auf seine Kosten und Gefahr zurückgesandt oder beseitigt werden. Eine Vergütung steht ihm jedoch in Ausnahmefällen zu, wenn der Auftraggeber solche Leistungen nachträglich annimmt. Die §§ 677 ff. BGB (Geschäftsführung ohne Auftrag) bleiben anwendbar.

4.6 Weiter gehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

5. Vergütung

5.1 Für die Erfüllung des Auftrages steht dem Auftragnehmer eine Vergütung zu. Diese Vergütung richtet sich nach den vertraglich vereinbarten Preisen. Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Stundenlohnezuschläge etc.) sind Nettopreise. Auf diese Nettopreise ist die Umsatzsteuer in ihrer jeweils gesetzlich bestimmten Höhe zusätzlich zu entrichten.

5.2 Die in Auftrag, Bestellung und Leistungsverzeichnis eingesetzten Preise sind Festpreise für die vertragliche Leistung. Sie schließen die Ausführung aller nach der gewerblichen Verkehrssitte üblichen Nebenleistungen ein. Preiserhöhungen oder Nachforderungen irgendwelcher Art, auch aufgrund von eingetretenen Lohn- oder Materialpreiserhöhungen, sind ausgeschlossen.

5.3 Preiserhöhungen während des Zeitraums zwischen Auftragserteilung und Lieferung/Leistungserbringung werden nur dann berücksichtigt, wenn sie vor der jeweiligen Ausführung vom Auftraggeber schriftlich anerkannt wurden.

6. Abrechnung

6.1 Rechnungen sind nach ihrem Zweck als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; Abschlagsrechnungen sind laufend zu nummerieren.

6.2 Als Nachweis für die Abrechnung gelten:

- für Leistungen die mit Unterschrift und Datumsangabe versehene Aufmaße und/oder Abrechnungszeichnungen oder sonstige geeignete Nachweise und Belege.
- für Lieferungen die Lieferscheine, Originalwiegekarten, Frachtbriefe u. ä.

6.3 Die für die Abrechnung von Leistungen ggf. notwendigen Aufmaße sind in der Regel gemeinsam vorzunehmen und von einem Vertreter des Auftraggebers sowie vom Auftragnehmer oder von einem Vertreter des Auftragnehmers zu unterzeichnen. Der Auftragnehmer hat das gemeinsame Aufmaß rechtzeitig zu beantragen.

6.4 Stundenlohnarbeiten werden nur dann vergütet, wenn sie – vor Ausführung der Leistung - von einem hierzu bevollmächtigten Vertreter des AG ausdrücklich schriftlich oder in Textform angeordnet wurden.

6.5 Über Stundenlohnarbeiten sind werktägliche, personenscharfe Listen (Stundenlohnzettel), die die Anfangs-, Unterbrechungs- und Beendigungszeiten enthalten, anzufertigen und einzureichen. Sie müssen von einem hierzu bevollmächtigten Vertreter des Auftraggebers (i.d.R. Bau- oder Projektleitung) gegengezeichnet sein. Durch die Abzeichnung der Stundenlohnzettel bestätigt der AG lediglich den Empfang. Eine spätere Überprüfung oder Korrektur bleibt vorbehalten. Eine nachträgliche Unterzeichnung von Stundenzetteln gilt nicht als Anordnung von Stundenlohnarbeiten.

6.6 Stundensätze sind Pauschalfestpreise und enthalten, sofern nicht im Angebot ausdrücklich anders angegeben, alle Nebenkosten, Spesen, sowie Aufsichts- bzw. Gemeinkosten. Reisekosten- und

Zeiten werden nicht extra vergütet.

6.7 Die Rechnungen sind in digitaler Form einzureichen, die relevanten Mailadressen sowie weitere Informationen sind unter **Einkauf und Zentrale Dienste der Mainova AG** <https://www.mainova.de/de/ihre-mainova/ueber-uns/profil/einkauf-und-zentrale-dienste> veröffentlicht.

7. Zahlungen

7.1 Die Schlusszahlung des AG an den AN wird fällig nach Abnahme der vertraglichen Leistungen durch den AG, Erteilung der prüffähigen (Schluss-)Rechnung des AN, die den Vorgaben gemäß Ziffer 6 entspricht, und Ablauf der vereinbarten, angemessenen Prüffristen für den AG.

7.2 Abschlagszahlungen und Vorauszahlungen sind, sofern nicht ausdrücklich vereinbart, ausgeschlossen. Soweit Zahlungsbedingungen bzw. ein Zahlungsplan vereinbart werden, gelten diese als Abschlagszahlungen. Darüberhinausgehende Abschlagszahlungen kann der AN nicht in Rechnung stellen.

7.3 Sofern Anzahlungen oder Vorauszahlungen vereinbart werden, sind diese vom AN mit einer Vorauszahlungsbürgschaft nach Maßgabe der Ziffer 16 abzusichern, und werden Zug-um-Zug gegen Stellung dieser Bürgschaft fällig.

7.4 Sofern die Stellung einer Bürgschaft für die Beseitigung von Mängeln nach Maßgabe von Ziffer 16 vereinbart ist, werden Schlusszahlungen nur gegen Stellung dieser Bürgschaft geleistet. Das Bürgschaftsdokument ist dem zuständigen Einkäufer persönlich per Zustellbestätigung zu übersenden.

7.5 Die Zahlungen des AG erfolgen ab Zugang der Rechnung innerhalb von 21 Tagen mit 3 v.H. Skonto oder innerhalb von 30 Tagen netto, nach Wahl des AG.

8. Abnahme

Leistungen aus Werk- oder Bauverträgen oder Teile derselben, sind förmlich unter Anfertigung einer Niederschrift abzunehmen. Bei Kaufverträgen mit Montageverpflichtung findet nach Abschluss der Montage eine gemeinsame Montageendkontrolle statt. Der AN hat zu Abnahme oder Montageendkontrolle mit hinreichender Vorlaufzeit, mindestens 5 Werktage, einzuladen.

9. Umweltschutz und soziale Standards

9.1 Werden bei der Erbringung von Leistungen Tätigkeiten mit wasergefährdenden, umweltschädlichen oder gefährlichen Stoffen im Sinne der Gefahrstoffverordnung durchgeführt, bestätigt der Auftragnehmer, dass er diesbezüglich über die erforderliche besondere Fachkenntnis und Erfahrung verfügt und die Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt einhält. Er legt dem Auftraggeber unaufgefordert die in den einschlägigen Vorschriften und technischen Regeln geforderten, auf die auszuübende Tätigkeit bezogenen Nachweise vor. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber auf seine Tätigkeiten mit Gefahrstoffen hinzuweisen, wenn sie auf sein Personal oder das Personal anderer Auftragnehmer des Auftraggebers einwirken können.

9.2 Fallen bei der Erbringung von Leistungen gefährliche Abfälle an, hat der Auftragnehmer grundsätzlich den Entsorgungsweg mit dem Auftraggeber abzustimmen und die erforderlichen Nachweise unverzüglich vorzulegen, sofern die Abfälle nicht vertragsgemäß über Entsorgungswege des Auftraggebers entsorgt werden. Der Auftragnehmer bestätigt mit der Annahme des Auftrags, dass er die zutreffenden abfallrechtlichen Vorschriften kennt und einhalten wird.

9.3 Der Auftragnehmer ist für den An- und ggf. Abtransport der Stoffe und Materialien, die er für die Ausführung seiner vertraglichen Leistungen beistellt, als Empfänger und ggf. Absender verantwortlich im Sinne der Gefahrgutvorschriften und hat diese Transporte auch so zu kennzeichnen.

9.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den von ihm eingesetzten Arbeitnehmern das Mindestentgelt/ den Mindestlohn nach den jeweils für ihn geltenden rechtlichen Grundlagen (insbesondere Arbeitnehmerentendengesetz (AEntG) und Mindestlohngesetz (MiLoG)) zu gewähren. Bei Einsatz von Nachunternehmern durch den Auftragnehmer verpflichtet sich der Auftragnehmer zudem, sicherzustellen, dass nur solche Nachunternehmer eingesetzt werden, welche ihren Arbeitnehmern ebenfalls das Mindestentgelt/ den Mindestlohn nach den jeweils für sie geltenden rechtlichen Grundlagen gewähren. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die zur Prüfung der Einhaltung der o. g. Verpflichtung und zur Verfolgung der rechtlichen Interessen des Auftraggebers erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Ebenso ist der Auftragnehmer verpflichtet, sicherzustellen, dass ein entsprechender Auskunftsanspruch

des Auftraggebers auch gegenüber von ihm eingesetzten Nachunternehmern gilt. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber im Innenverhältnis von sämtlichen eventuellen Ansprüchen frei, welche gegen den Auftraggeber wegen eines Verstoßes des Auftragnehmers oder eines seiner Subunternehmer gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz, das MiLoG oder vergleichbaren Vorschriften geltend gemacht werden.

9.5 Der AN ist verpflichtet, auf Anforderung des AG durch Vorlage entsprechender Beitragserfüllungs- bzw. Unbedenklichkeitsbescheinigungen die Erfüllung seiner laufenden Verpflichtungen gegenüber Sozialversicherungsträgern und Steuerbehörden nachzuweisen. Dies gilt auch für sonstige Nachweise, die der AG benötigt, um seine eigenen gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen zu können.

9.6 Ausdruck des Handelns des AG ist insbesondere die Grundsatzerklärung zur Achtung von Menschenrechten und Umweltbelangen im Mainova Konzern gemäß des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (www.mainova.de/nachhaltigkeitsrichtlinien) nachfolgend „Grundsatzerklärung“. Die Grundsatzerklärung dient als Leitfaden für die Geschäftsbeziehungen und legt die Erwartungen fest, die der AG an die AN stellt. Nur so kann der AG sicherstellen, dass seine Geschäftstätigkeiten in Übereinstimmung mit höchsten sozialen und ethischen Standards erfolgen und die AN die gleichen Werte und Standards teilen. Der AG erwartet die Einhaltung der Menschenrechte und umweltbezogener Pflichten von allen seinen Geschäftspartnern. Die Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Umweltbelange ist die wesentliche Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit dem AG. Der AN wird daher diese Werte und Erwartungen ebenso bei der Auswahl seiner unmittelbaren Zulieferer berücksichtigen und entlang seiner Lieferkette adressieren.

9.7 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber für den Fall der Inanspruchnahme von sämtlichen Ansprüchen, auch Dritter, frei, welche daraus entstehen könnten, dass der Auftragnehmer seine menschen- und umweltrechtsbezogenen Pflichten, welche aus den Vorgaben aus Ziffer 9.6 resultieren, verletzt.

10. Verzug, Vertragsstrafe

10.1 Vereinbarte Vertragstermine sind verbindlich. Dies gilt auch für vertraglich bestimmte Zwischentermine. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die vereinbarten Termine nicht eingehalten werden können. Sofern ein Zeitraum für die Lieferung oder Leistungserbringung vereinbart ist, muss der Auftragnehmer die Ausführung der Leistung zum Anfang des Zeitraums beginnen, und die Ausführung muss spätestens zum Ende des Zeitraums vollständig abgeschlossen sein.

10.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, an den Auftraggeber für jeden Werktag der schuldhaften Überschreitung des vereinbarten Liefer- bzw. Fertigstellungstermins eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % der vereinbarten Nettoabrechnungssumme – insgesamt jedoch höchstens 5 % der vereinbarten Nettoabrechnungssumme – zu zahlen. Die Nettoabrechnungssumme ist definiert als die Abrechnungssumme in ihrer objektiv richtigen Höhe hinsichtlich des Vergütungsanspruchs des AN im Zeitpunkt der Schlussrechnung; d.h. auch unter Berücksichtigung von Auftragsänderungen während der Durchführung.

Die Vereinbarung von Zwischenfristen ist gesondert zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer, auch hinsichtlich ihrer Vertragsstrafenbewehrung, zu vereinbaren.

Ansprüche des Auftraggebers auf die vertragliche Erfüllung sowie den Ersatz eines über die Vertragsstrafe hinausgehenden Schadens bleiben unberührt. Eine angefallene Vertragsstrafe wird jedoch auf einen weitergehenden Schaden angerechnet. Der Vorbehalt der Vertragsstrafe kann vom Auftraggeber noch bis zur Schlusszahlung geltend gemacht werden. Wird eine vereinbarte Fertigstellungsfrist verlängert oder einvernehmlich neu festgelegt, so ist diese schriftlich entsprechend Ziffer 10.1 zu fixieren. Die Vertragsstrafenregelung gilt für die insoweit verlängerte oder neu vereinbarte verbindliche Fertigstellungsfrist, ohne dass es hierzu einer erneuten besonderen Vereinbarung hinsichtlich der Vertragsstrafenregelung bedarf. Eine bereits verwirkte Vertragsstrafe bleibt auch bei Vereinbarung eines neuen Vertragstermins, nachträglicher Terminverschiebung oder Behinderung bestehen.

11. Produktbeschaffenheit

11.1 Der Auftragnehmer leistet die vertraglich vereinbarte Beschaffenheit. Dort gesondert hervorgehobene Merkmale gelten

als garantiert.

11.2 Alle Lieferungen/Leistungen müssen den behördlichen Vorschriften, den maßgeblichen Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften sowie anderen Arbeitsschutzvorschriften und den allgemeinen anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln sowie dem Stand der Technik zum Zeitpunkt der Lieferung/Leistung entsprechen. Erforderliche Schutzvorrichtungen sind mitzuliefern und im Preis enthalten. Das gelieferte Material muss die einschlägigen Prüfzeichen tragen oder der Auftragnehmer garantiert schriftlich, dass das Material in allen Teilen diesen Bestimmungen entspricht.

12. Ansprüche bei Mängeln (Gewährleistung), Mängelrüge

12.1 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Vertragsgegenstände zum Zeitpunkt der Lieferung neu und unbenutzt sind.

12.2 Vom Auftraggeber angezeigte Mängel sind vom Auftragnehmer innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten, angemessenen Frist ab Benachrichtigung zu beheben. Sind Mängel vom Auftragnehmer nicht innerhalb der gesetzten Frist behoben, so ist der Auftraggeber ohne weitere Androhung und Setzung einer Nachfrist berechtigt, die Beseitigung selbst vorzunehmen oder durch Dritte vornehmen zu lassen und die entstehenden Kosten von den Rechnungsbeträgen des Auftragnehmers in angemessener Höhe einzubehalten oder die Aufrechnung zu erklären. §§ 439 Abs. 3 und 440 S. 2 BGB bleiben unberührt. Der AN hat allerdings dem AG unverzüglich den Termin und die geplanten Maßnahmen detailliert und nachvollziehbar mitzuteilen, wenn er einen zweiten Nacherfüllungsversuch oder eine andere als die vom Käufer verlangte Art der Nacherfüllung beabsichtigt. Unterbleibt die Mitteilung, gilt die Nacherfüllung als fehlgeschlagen.

12.3 Mängelansprüche verjähren in fünf Jahren bei einer Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat; im Übrigen in zwei Jahren.

12.4 Mit der Abnahme von Mängelbeseitigungsarbeiten beginnt für diese Arbeiten die Gewährleistungsfrist neu. Sie verjährt jedoch in keinem Fall vor Ablauf der ursprünglichen vertraglichen Verjährungsfrist.

12.5 Etwaige Verpflichtungen oder Obliegenheiten des Auftraggebers zum Prüfen der Produkte werden auf die unverzügliche Prüfung beschränkt, ob die Produkte der bestellten Menge und Art entsprechen und ob sichtbare äußere Mängel oder Beschädigungen, die durch den Transport entstanden sind, vorliegen. Eine solche Prüfung der Produkte erfolgt hierbei erst bei der zuständigen Fachabteilung und nicht bei Anlieferung in den zentralen Annahmestellen.

12.6 Soweit es sich bei dem Vertrag über Lieferungen und Leistungen um ein beidseitiges Handelsgeschäft im Sinne des Handelsgesetzbuches handelt, ist der Auftraggeber berechtigt, bei Lieferungen Mängelrügen innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt des Liefergegenstandes, bei versteckten Mängeln innerhalb von zwei Wochen nach der Entdeckung, zu erheben.

12.7 Der AN ist bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche verpflichtet, den AG unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn sich sein Geschäftssitz verändert, er umfirmiert oder eine Änderung seiner Gesellschafter- bzw. Eigentümerverhältnisse eintritt. Ist ein Schreiben oder eine Mitteilung des AG an die vom AN zuletzt genannte Adresse nicht zustellbar mit dem Vermerk „nicht zustellbar“ oder „unbekannt verzogen“ o. Ä. oder wird ein Einschreiben (mit Rückschein) nicht abgeholt, gilt das Schreiben unbeschadet dessen als dem AN zugegangen. Dem AN gesetzte Fristen beginnen in diesen Fällen spätestens 3 Tage nach Absendung einer Mängelrüge durch den AG zu laufen.

13 Kündigung

13.1 Der AG ist berechtigt, den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen zum Monatsende zu kündigen. Bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung erbrachte, vertragsgemäße Leistungen sind in diesem Fall vom AG zu vergüten. Erfolgt die Kündigung vor Ablauf einer vereinbarten Laufzeit, so vergütet der AG dem AN neben den bis zur Vertragsbeendigung vertragsgemäß erbrachten Leistungen auch die darüber hinaus entstandenen, unmittelbar aus der Kündigung resultierenden und nicht mehr abwendbaren Kosten, abzüglich ersparter Aufwendungen und unter Berücksichtigung der Schadensminderungspflicht des AN. Darüberhinausgehende Erfüllungs- oder Schadensersatzansprüche stehen dem AN aufgrund der Kündigung nicht zu.

13.2 Im Falle einer Kündigung nach dieser Ziffer 13 sind Auftraggeber

und Auftragnehmer verpflichtet, einander alle für die Bemessung der Höhe des Vergütungsanspruches notwendigen Auskünfte zu erteilen und deren Richtigkeit zu belegen.

13.3 Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Ein außerordentlicher Kündigungsgrund für den AG liegt insbesondere vor, wenn einer der folgenden Fälle vorliegt:

- Der AN selbst oder einer seiner Subunternehmer oder Erfüllungsgehilfen eine ihm nach dem Vertrag obliegende Pflicht in gravierender Weise verletzt und trotz entsprechender Abmahnung des AG keine Abhilfe schafft. Eine vertragliche Pflicht trotz vorheriger Abmahnung und Fristsetzung nicht erfüllt.
- Die Erfüllung einer vertraglichen Pflicht ernsthaft und endgültig verweigert.
- Der AN im Zusammenhang mit der Ausführung der Leistung gegen straf- oder bußgeldbewehrte öffentlich-rechtliche Vorschriften verstößt und trotz entsprechender Abmahnung des AG keine Abhilfe schafft.
- Im Falle des Vorliegens von identifizierten umweltschutz- oder menschenrechtsbezogenen Risiken der AN entgegen der mit dem AG vereinbarten in diesem Zusammenhang festgelegten Abhilfemaßnahmen diese – auch im Verhältnis zu seinen Subunternehmern und trotz vorheriger Abmahnung durch den AG - nicht befolgt oder umsetzt.
- Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN beantragt wurde oder das Insolvenzverfahren über das Vermögen des AN eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird.

13.4 Im Fall einer außerordentlichen Kündigung kann der AG die bereits erbrachten Leistungen des Auftragnehmers gegen angemessene Vergütung in Anspruch nehmen. Er ist ferner berechtigt, die für eine weitere Erbringung der Leistung erforderlichen Einrichtungen gegen angemessene Vergütung weiter zu benutzen. Weitere vertragliche oder gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

14. Aufrechnung

Der Auftragnehmer ist nur zu einer Aufrechnung mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen berechtigt.

15. Abtretungsverbot

Der Auftragnehmer kann seine Forderungen gegen den Auftraggeber nur mit dessen schriftlicher Einwilligung abtreten. § 354a HGB bleibt jedoch unberührt.

16. Sicherheitsleistung

16.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, Sicherheitsleistung zur a) Sicherstellung der vertragsgemäßen Ausführung der Lieferung oder der Leistung (Vertragserfüllungsbürgschaft) und b) zur Erfüllung der Mängelrechte (Mängelrechtebürgschaft) zu verlangen. Die Sicherheitsleistung zur Sicherstellung der vertragsgemäßen Ausführung der Lieferung oder der Leistung beträgt 10 v.H. der Brutto-Auftragssumme (= Bestellscheinwert), die Sicherheitsleistung zur Erfüllung der Mängelbeseitigungsansprüche beträgt 5 v.H. der Brutto-Auftragssumme. Sie kann durch Einbehalte des AG gegenüber den jeweiligen Rechnungen oder sonstigen Forderungen des AN erfolgen oder durch Stellung einer Bürgschaft gemäß Ziffer 16.2 durch den AN. Sofern Anzahlungen oder Vorauszahlungen vereinbart werden, sind diese vom AN mit einer c) Vorauszahlungsbürgschaft nach Maßgabe dieser Ziffer 16 (siehe auch Ziffer 7.3) in Höhe von 100 v. H. der jeweiligen Zahlung abzusichern.

16.2 Dem Auftragnehmer steht das Recht zu, den Sicherheitseinbehalt gem. Ziffer 16.1, soweit dieser nicht verwertet ist, durch Stellung einer Bürgschaft nach deutschem Recht, welche der Sicherung der Ansprüche des Auftraggebers dient, soweit sie bis zur Abnahme entstanden sind, abzulösen. Die Sicherheitsleistung erfolgt in diesem Fall durch Stellung einer unbedingten, unwiderruflichen, unbefristeten und selbstschuldnerischen Bürgschaft (Vertragserfüllungsbürgschaft) einer Großbank, einer Sparkasse oder eines Kreditversicherers, jeweils mit allgemeinem Gerichtsstand gemäß § 12 ZPO im Inland, entsprechend den Vorgaben der veröffentlichten Bürgschaftsformularen des AG (www.mainova.de/zentraleinkauf). Auf die Einreden der Aufrechnung gemäß §§ 770 und 771 BGB wird von dem Bürgen verzichtet; der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt jedoch nicht für unstreitige oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Auftragnehmers. Der Verzicht des Bürgen auf die Einrede der Anfechtbarkeit gilt nicht für die Anfechtung nach § 123 BGB. Die Bürgschaftsforderung ver-

jährt gemäß §§ 195, 199 BGB, nicht jedoch vor der gesicherten Hauptforderung. Der Auftragnehmer hat zudem die Möglichkeit, den Sicherheitseinbehalt sowie die Pflicht zur Stellung einer Vertragserfüllungs- bzw. Mängelrechtebürgschaft dadurch abzuwenden, dass er eine Sicherheitsleistung in gleicher Höhe auf ein Treuhand- oder Sperrkonto erbringt oder eine gleichwertige insolvenz sichere Sicherheitsleistung erbringt. gemäß §§ 195, 199 BGB, nicht jedoch vor der gesicherte

Der Auftragnehmer hat zudem die Möglichkeit, den Sicherheitseinbehalt sowie die Pflicht zur Stellung einer Vertragserfüllungs- bzw. Mängelrechtebürgschaft dadurch abzuwenden, dass er eine Sicherheitsleistung in gleicher Höhe auf ein Treuhand- oder Sperrkonto erbringt oder eine gleichwertige insolvenz sichere Sicherheitsleistung erbringt.

16.3 Die Vertragserfüllungsbürgschaft bzw. der Sicherheitseinbehalt sind, soweit diese nicht verwertet sind oder noch offene, besicherte Ansprüche des AG, soweit sie bis zur Abnahme entstanden sind, bestehen, nach vollständiger Vertragserfüllung und Schlussabnahme herauszugeben/auszuzahlen.

16.4 Die Vertragserfüllungsbürgschaft sichert alle Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer wegen der Verletzung aller vom Auftragnehmer übernommenen Vertragspflichten nebst Vertragsstrafen, egal aus welchem Rechtsgrund, sämtlich nebst Zinsen und Kostenersatzansprüchen, soweit sie bis zur Abnahme entstanden sind. Vom Sicherungszweck erfasst sind insbesondere Ansprüche des Auftraggebers wegen der Verletzung von Vertragspflichten durch den Auftragnehmer bis zur Abnahme, egal aus welchem Rechtsgrund, insbesondere Ansprüche auf vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Vertragsstrafe, Erstattung von Überzahlungen (soweit bis zur Abnahme geltend gemacht), Schadensersatzansprüche jeglicher Art, Pflichtverletzungen wegen Verschuldens bei Vertragsschluss und aus Abwicklungsverhältnissen (z. B. berechnete Kündigung des Vertrages) und Erfüllung von Rückgriffs- und Freistellungsansprüchen des Auftraggebers im Falle der Inanspruchnahme durch Dritte. Soweit Mängelansprüche abgesichert werden, haftet der Bürge nur für Ansprüche wegen Mängeln, die der AG bis zur Abnahme gerügt oder die der AG bei der Abnahme vorbehalten hat. Die Bürgschaft sichert keine Ansprüche wegen Mängeln, die der AG erstmals nach der Abnahme rügt.

16.5 Bei der Abnahme hat der AN dem AG eine Mängelrechtebürgschaft zu übergeben. Die Mängelrechtebürgschaft dient der Sicherung aller Ansprüche und Rechte des Auftraggebers wegen Sach- und Rechtsmängeln an den Leistungen des Auftragnehmers die der Auftraggeber nach der Abnahme erstmals rügt (d. h. nach Abnahme auftretender Mängel und/oder bei der Abnahme vorliegender, jedoch nicht festgestellter und damit vom Auftraggeber im Abnahmezeitpunkt nicht vorbehaltenen Mängel). Ansprüche wegen Überzahlung des AN werden abgesichert, soweit der Auftraggeber diese erstmals nach der Abnahme geltend macht. Schadensersatzansprüche jeglicher Art werden abgedeckt, soweit sie nach der Abnahme entstanden sind. Rückgriffs- und Freistellungsansprüche des Auftraggebers werden im Falle seiner Inanspruchnahme durch Dritte nach der Abnahme bei pflichtwidrigem Verhalten des AN, von dessen Subunternehmern und/oder sonstigen nachgeschalteten Subunternehmern abgedeckt. Sämtliche Ansprüche werden nebst Zinsen und Kostenersatzansprüchen abgedeckt.

16.6 Der Auftraggeber hat eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche, sofern keine gesicherten Ansprüche des Auftraggebers mehr bestehen, d.h. in der Regel nach Ablauf der vertraglichen Verjährungsfristen für Mängelansprüche, an den Auftragnehmer herauszugeben. Soweit jedoch zu diesem Zeitpunkt die geltend gemachten und berechtigten Ansprüche des Auftraggebers noch nicht erfüllt sind, darf er einen Teil der Sicherheit in Höhe des Doppelten der voraussichtlichen Mängelbeseitigungskosten zurückhalten.

16.7 Auf die Bürgschaftsverträge darf ausschließlich deutsches Recht anwendbar sein. Soweit gesetzlich zulässig, müssen sie als Gerichtsstand Frankfurt am Main bezeichnen.

16.8 Die vertraglich vereinbarten und zu verwendenden Bürgschaftsmuster sind auf der Homepage des Zentraleinkaufs des AG (**Einkauf und Zentrale Dienste der Mainova AG**) jeweils aktuell veröffentlicht.

<https://www.mainova.de/de/ihre-mainova/ueber-uns/profil/einkauf-und-zentrale-dienste>

17. Versicherungen

17.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich auf seine Kosten für

die sich aus seinen Lieferungen und Leistungen ergebenden Gefahren und Risiken ausreichend zu versichern und diese Versicherung dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

- 17.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR nachzuweisen.

18. Schutzrechte, Informationssicherheit und Verschwiegenheit

- 18.1 Der Auftragnehmer übernimmt die Gewähr dafür, dass keine gesetzlich geschützten Rechte dritter Personen, insbesondere keine Patentrechte, verletzt werden, wenn er selbst das geschützte Verfahren oder die Verwendung geschützter Gegenstände angeboten oder wenn der Auftraggeber die Verwendung vorgeschrieben und auf das Schutzrecht hingewiesen hat. Er verpflichtet sich, den Auftraggeber von etwaigen Ansprüchen Dritter freizustellen und übernimmt die alleinige Haftung gegenüber denjenigen, die die Verletzung gesetzlich geschützter Rechte geltend machen. Etwa auf den Lieferungsgegenständen ruhende Lizenzgebühren trägt der Auftragnehmer.

- 18.2 Der Auftraggeber darf den Vertragsgegenstand einschließlich der zugrunde liegenden Patent- und sonstigen Schutzrechte uneingeschränkt nutzen. Dieses Nutzungsrecht berechtigt auch zu Änderungen oder Instandsetzungen an dem Vertragsgegenstand und erfasst auch Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen, Analysemethoden, Rezepturen und sonstige Werke, die vom

Auftragnehmer bei dem Zustandekommen oder der Durchführung des Vertrages gefertigt oder entwickelt werden. Zum Zwecke des Nachbaus von Ersatz- oder Reserveteilen darf der Auftraggeber Unterlagen Dritten überlassen.

- 18.3 Der Vertragspartner verpflichtet sich, sämtliche im Rahmen der Tätigkeit für den Verbund Mainova erlangten Informationen, alle im Zusammenhang damit entstandenen oder entstehenden Unterlagen als Geschäftsgeheimnisse vertraulich zu behandeln; sowie außerhalb des Zwecks, zu dem Vertragspartner die Informationen zugänglich gemacht werden, keinen direkten oder indirekten Gebrauch davon zu machen; die Informationen nicht an Dritte weiterzugeben, zu veröffentlichen oder in sonstiger Art und Weise Dritten zugänglich zu machen, sofern der Verbund Mainova nicht vorher schriftlich zugestimmt hat. Dies gilt nicht, sofern der Vertragspartner aufgrund von Gesetzen oder behördlicher Aufforderung zur Weitergabe verpflichtet ist oder die Informationen allgemein bekannt sind. Die seitens des Vertragspartners des Verbunds Mainova erlangten Informationen bleiben ausnahmslos Eigentum des Verbunds Mainova. Der Vertragspartner verpflichtet sich, seine Organe, Mitarbeiter oder sonstige Erfüllungsgehilfen den Regelungen dieser Vereinbarung entsprechend zu unterwerfen, auch über den Zeitpunkt eines Ausscheidens betreffender Mitarbeiter hinaus.

- 18.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auch über Ende des Vertragsverhältnisses hinaus Stillschweigen über die bekannt gewordenen Daten zu wahren. Bei Beendigung des Auftragsverhältnisses gibt der Auftragnehmer sämtliche Daten des Auftraggebers und seiner Kunden, die sich in seinem Besitz oder unter seiner Kontrolle befinden, zurück oder bestätigt die Löschung dieser Daten. Im kaufmännischen Geschäftsverkehr besteht ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers insofern nicht.

- 18.5 Vom Auftragnehmer gelieferte Zeichnungen, Muster und Modelle gehen mit Übergabe, soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen werden, unentgeltlich in das Eigentum des Auftraggebers über.

- 18.6 Der Vertragspartner muss in seinem Unternehmen und seinen Nachunternehmen Informations- und IT-Sicherheitsprozesse umsetzen, um die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der Informationen von Mainova zu schützen und die Dienstleistungen für Mainova sicherzustellen.

Der Auftragnehmer garantiert, dass die von ihm gelieferte Software und Systeme nach Stand der Technik sicher und gegen digitale Bedrohungen geschützt sind, einem sicheren Entwicklungsprozess unterliegen und keine unerwünschten Funktionalitäten enthalten.

Ereignisse (insbesondere Sicherheitsvorfälle) beim Auftragnehmer, bei denen Auswirkungen auf Systeme oder Informationen der Mainova nicht ausgeschlossen werden können, muss der Auftragnehmer unverzüglich an den Verbund Mainova melden.

Der Auftragnehmer muss auf Anfrage von Mainova eine Prüfung der Informationssicherheit durch Mainova oder deren Vertreter zulassen und daran mitwirken.

19. Datenschutz

- 19.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung als Verantwortlicher oder Auftragsverarbeiter die einschlägigen Datenschutzvorschriften, insbesondere die Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu), einzuhalten.

- 19.2 Der Lieferant verpflichtet sich, die ihm von uns zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten ausschließlich auf rechtmäßige und transparente Weise, nach Treu und Glauben sowie ausschließlich für die Erbringung vertragsgegenständlichen Leistungen zu verarbeiten. Eine weitergehende Verwendung der Daten, insbesondere eine solche zu eigenen Zwecken des Lieferanten oder zu Zwecken Dritter, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers; Ausgenommen hiervon sind Datenverarbeitungen, die aufgrund einer gesetzlichen Anforderung getätigt werden müssen.

- 19.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zur Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen nur Mitarbeiter einzusetzen, die durch geeignete Maßnahmen mit den gesetzlichen Vorschriften über den Datenschutz und den speziellen datenschutzrechtlichen Anforderungen des Auftrags vertraut gemacht sowie, soweit sie nicht bereits angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten unterliegen, umfassend schriftlich zur Vertraulichkeit verpflichtet wurden. Diese Verpflichtungen müssen so gefasst sein, dass sie auch nach Beendigung dieses Vertrages oder des Beschäftigungsverhältnisses zwischen dem Mitarbeiter und dem Auftragnehmer bestehen bleiben.

- 19.4 Sofern es im Zuge von vertragsgegenständlichen Leistungen zu einer Verarbeitung von personenbezogener Daten vom Auftraggeber durch den Auftragnehmer in einem Drittland kommt, gewährleistet der Auftragnehmer ein angemessenes Datenschutzniveau im Sinne der Art. 44ff. DS-GVO.

20. Compliance

- 20.1 Der Auftraggeber stellt höchste Anforderungen an ein Wertemanagement bei der Vergabe und Abwicklung von Aufträgen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung rechtswidriger Handlungen zu Lasten des Auftraggebers zu ergreifen und bei z. B. Präventionsmaßnahmen des AG unterstützend mitzuwirken. Insbesondere verpflichtet sich der Auftragnehmer mit Einbeziehung dieser Vertragsbedingungen, keine Form von Korruption oder Bestechung zu tolerieren oder sich in irgendeiner Weise hierauf einzulassen, einschließlich jeglicher gesetzeswidriger Zahlungsangebote oder ähnlicher Zuwendungen an Amtsträger oder Mitarbeiter des Auftraggebers, um Entscheidungsfindungen zu beeinflussen. Der Auftragnehmer stellt die Einhaltung der Gesetze sowie der jeweils anwendbaren Rechtsordnungen durch seine Mitarbeiter und Subunternehmer sicher.

- 20.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich dazu, dem Auftraggeber zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) einen Ansprechpartner zu benennen. Sofern personenbezogene Daten übermittelt werden, obliegt dem Auftragnehmer die Pflicht, die betroffenen Personen über den Zweck sowie den Umfang der Übermittlung aufzuklären. Der Auftragnehmer ist verpflichtet bei Änderungen hinsichtlich der benannten Verantwortlichkeit den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten.

- 20.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den vom Auftraggeber erlassenen Verhaltenskodex für Lieferanten einzuhalten und diesen Lieferantenkodex auch gegenüber eigenen Subunternehmern oder sonstigen Erfüllungsgehilfen vertraglich verpflichtend weiterzugeben. Dieser ist auf der Homepage des Auftraggebers (www.mainova.de/zentraleinkauf) veröffentlicht.

<https://www.mainova.de/de/ihre-mainova/ueber-uns/profil/einkauf-und-zentrale-dienste>

21. Haftung

Die Haftung des AN bestimmt sich im Übrigen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

22. Schlussbestimmungen

- 22.1 Die Verhandlungs- und Vertragssprache ist deutsch.

- 22.2 Der AG behält sich ausdrücklich das Recht vor, zu einem späteren Zeitpunkt seine Rechte und Pflichten aus diesem Vertrage mit befreiender Wirkung auf einen Dritten (z. B. Grundstückseigentümer Investor/ Bauherr) als neuen Vertragspartner des AN zu übertragen. Der AN stimmt diesem hiermit zu.

- 22.3 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf diese Schriftformklausel selbst.
- 22.4 Nebenabreden sind nur wirksam, wenn sie in Schriftform vereinbart werden. Sofern der Grundvertrag in Textform geschlossen wurde, genügt für eine Vertragsänderung die für den Grundvertrag gewählte Form (E-Mail, Fax, etc.); dabei muss die Vertragsänderung deutlich als solche gekennzeichnet sein. Eine konkludente Änderung ist ausgeschlossen. Mündliche Änderungen oder Nebenabreden sind wirkungslos, sofern sie nicht schriftlich oder unter der in Satz 2 genannten Voraussetzung in Textform bestätigt werden.
- 22.5 Sollte eine Bestimmung des Vertrages unwirksam sein, verpflichten sich die Vertragspartner, die unwirksamen Bestimmungen durch eine solche zu ersetzen, die dem gewollten Zweck am nächsten kommt. Entsprechendes gilt bei Vertragslücken.
- 22.6 Für die vertraglichen Beziehungen und etwaige Rechtsstreitigkeiten ist ausschließlich die Anwendung deutschen Rechts vereinbart. Die Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausgeschlossen.
- 22.7 Erfüllungsort ist die vereinbarte Verwendungsstelle, im Übrigen am Sitz des Auftraggebers in Frankfurt am Main.
- 22.8 Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertrag ergebenden Streitigkeiten ist, soweit gesetzlich zulässig, Frankfurt am Main.

Ergänzende Einkaufsbedingungen für Bauleistungen (EB-Bau)



Die nachstehenden Einkaufsbedingungen gelten, ergänzend zu den allgemeinen Einkaufsbedingungen, für Verträge über die Ausführung von Bauleistungen zwischen dem jeweils vertragsschließenden Verbundunternehmen der Mainova (nachstehend „**Auftraggeber**“ oder „**AG**“) und Dritten (nachstehend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“). Zu dem Verbund Mainova gehören die Mainova Aktiengesellschaft, NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Mainova ServiceDienste GmbH und SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH.

1. Angebotsbedingungen/Vertragsabschluss

- 1.1 Dem AG bleibt die Wahl unter den Bietern vorbehalten. Werden Arbeitsgemeinschaften gebildet, ist dies bei Abgabe des Angebotes unter Mitteilung des bevollmächtigten Vertreters anzugeben.
- 1.2 Die Ausarbeitung des Angebotes durch den AN erfolgt kostenlos und ohne etwaige Verpflichtungen für den AG. Dies gilt auch insoweit, als die Unterbreitung des Angebotes die Ausarbeitung von Ausführungsplanungen oder Berechnungen voraussetzt und beinhaltet.
- 1.3 Der AN ist verpflichtet, vor oder mit Angebotsabgabe selbständig darauf hinzuweisen, wenn die ausgeschriebenen Leistungen nicht den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen bzw. Abweichungen hiervon beinhalten. Sofern der AN in seinem Angebot keinen diesbezüglichen Hinweis schriftlich vermerkt, hat der AG davon auszugehen, dass die ausgeschriebenen Bauleistungen gemäß dem Angebot des AN den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen und die zugesicherten Eigenschaften erfüllen.
- 1.4 Vor Angebotsabgabe hat sich der AN über die örtlichen Verhältnisse auf der Baustelle, die Beschaffenheit vorhandener Bauwerke und des anschließenden Geländes und alle weiteren, für die Ausführung seines Auftrages zusätzlich berührenden Fragen zu informieren. Spätere Einwendungen und Nachforderungen, die aus Unkenntnis der Baustelle erfolgen, werden nicht anerkannt.

2. Vertragsbestandteile

- 2.1 Vertragsbestandteile sind die nachfolgend genannten Regelungen, in der Rangfolge Ihrer Aufzählung (absteigend):
 - a) das Auftragschreiben (Bestellung) des AG mit ihren Anlagen (z.B. Verhandlungsprotokolle, Leistungsbeschreibung inkl. zusätzliche Technische Vertragsbedingungen etc.),
 - b) diese ergänzenden Vertragsbedingungen über die Ausführung von Bauleistungen,
 - c) die allgemeinen Einkaufsbedingungen des AG,
 - d) die anwendbare Landesbauordnung,
 - e) alle öffentlich-rechtlichen Genehmigungen für das Vorhaben (z.B. Bau-, BImSchG-, Aufbruch- oder Absperrgenehmigungen), einschließlich Vorbeschneiden und Anträgen,
 - f) die VOB Teil C (Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen),
 - g) alle Normen, technischen Vorschriften und Bestimmungen der Behörden und Prüfinstitute sowie Herstellerrichtlinien und Beratungshinweise,
 - h) die Baustellenordnung, die Liegenschaftsordnung bzw. Sicherheitsinformationen des AG,
 - i) der technische Teil des Angebots des AN.
- 2.2 Mit Einbeziehung dieser Vertragsbedingungen erkennt der AN an, dass die in diesen Vertragsbedingungen enthaltenen Regelungen Vertragsbestandteil werden und dass eigene Vertragsbestimmungen des AN, insbesondere Zahlungsbedingungen, keine Gültigkeit haben, und zwar auch dann nicht, wenn in dem Angebot des AN oder sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

3. Vergütung

Zusätzlich zu den Regelungen in Ziffer 4 der allgemeinen Einkaufsbedingungen gilt folgendes:

- 3.1 Bei Aufträgen der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH oder der SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH ist zu berücksichtigen, dass diese selbst Bauleistungen erbringen und §13 UStG gilt.

- 3.2 In den Preisen inbegriffen sind die Kosten für die Einweisung des Personals des AG oder Bauherren in Bedienung und Wartung der vom AN gelieferten und/oder montierten Anlagen.
- 3.3 Bei Vereinbarung eines Pauschalvertrages erfolgt die Abrechnung ohne Aufmaß. Der AN ist verpflichtet, das Leistungsverzeichnis auf Vollständigkeit der ausgeschriebenen Leistungen zur Erbringung der fertigen, funktionsgerechten, vertraglich geschuldeten Gesamtleistungen zu überprüfen und sämtliche erforderlichen Leistungen/Teil-/ Hilfsleistungen einzukalkulieren, auch wenn Sie im Einzelfall nicht ausgeschrieben waren. Der AN hat in diesem Fällen die Verpflichtung, die Mengen und Leistungen aus den vorgegebenen Ausschreibungsunterlagen eigenverantwortlich zu ermitteln. Dies gilt insbesondere auch, wenn zunächst zu Einheitspreisen ausgeschriebene Leistungen später pauschaliert werden.
- 3.4 Unterbreitet der AN dem AG einen Änderungsvorschlag (Sondervorschlag) und erteilt der AG daraufhin dem AN einen diesen Änderungsvorschlag umsetzenden Auftrag, dann sind mit der dafür vereinbarten Vergütung alle von dem Änderungsvorschlag beeinflussten Leistungen, auch ggf. notwendige Planungsleistungen, abgegolten, die zur vollständigen Erfüllung der vertraglichen Leistung notwendig werden. Der AN wird dem AG möglichst frühzeitig Änderungsvorschläge anzeigen. In begründeten Einzelfällen kann der AG einen gegebenenfalls dabei entstehenden Planungsaufwand auch gesondert vergüten, jedoch ausschließlich nach vorheriger ausdrücklicher Vereinbarung einer solchen Entgeltlichkeit.
- 3.5 Der AN weist den AG frühzeitig darauf hin, wenn die dem Angebot zugrunde liegenden Massen von den tatsächlichen Massen um 10 v.H. oder mehr abweichen. Über den Mehr- oder Minderaufwand wird der AN dem AG ein Nachtragsangebot unterbreiten. Der AG ist in der Entscheidung frei, ob er das Nachtragsangebot annimmt oder die Mehrleistung anderweitig beschafft.

4. Ausführung von Bauleistungen

- 4.1 Den nach der Landesbauordnung des Landes Hessen verantwortlichen deutschsprachigen Bauleiter und Fachbauleiter hat der AN vor Arbeitsaufnahme zu benennen und bei Arbeitsbeginn zu stellen. Daneben ist ein dauerhaft auf der Baustelle anwesender, verantwortlicher, deutschsprachiger Vertreter des AN zu benennen, der befugt und verpflichtet ist, an den von der Bauleitung des AG angeordneten Baubesprechungen teilzunehmen, im Namen des AN verbindliche Anweisungen des AG entgegenzunehmen und erforderlichenfalls sofort ausführen zu lassen. Der AN hat täglich Bautagesberichte zu führen und sie dem AG auf dessen Verlangen, spätestens jedoch mit der Schlussabrechnung zu übergeben. Die Bautagesberichte müssen mindestens Angaben enthalten über:
 - die Anzahl der auf der Baustelle eingesetzten Arbeitskräfte mit Namen und Berufsbezeichnung sowie Sozialversicherungsnummer,
 - die Arbeitszeit,
 - die Witterungsverhältnisse insbesondere die Temperatur,
 - eingesetzte Geräte, durchgeführte Leistungen und erteilte Weisungen,
 - Abnahmen und Prüfungen, wichtige Vertragstermine,
 - besondere Vorkommnisse,
 - Änderungen hinsichtlich Konstruktion und Ausführung des Werkes,
 - Baustellenbesprechungen.

Die tägliche Arbeitszeit auf der Baustelle ist mit dem AG zu vereinbaren.

- 4.2 Der AN hat für die erforderlichen Lager- und Arbeitsplätze selbst zu sorgen. Ihm obliegt der Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern. Ist der AG Grundstückseigentümer, so wird das Gelände im bestehenden Zustand zur Verfügung gestellt. Es kann vom AN zur Durchführung der beauftragten Leistungen auf eigene Gefahr genutzt werden und muss am Ende der Maßnahme in dem ursprünglichen Zustand zurückgegeben werden.
- 4.3 Soweit dies für die Durchführung seiner Leistungen erforderlich ist, hat sich der AN zur Vermeidung von Schäden an unterirdischen Leitungen und Anlagen vor Baubeginn von deren genauer Lage und über die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu unterrichten. Die Freilegung von nicht in Plänen eingezeichneten Leitungen oder sonstigen Anlagen ist dem AG unverzüglich mitzuteilen.
- 4.4 Der AN ist verpflichtet, von ihm errichtete Leitungen einzumessen und eine Einmessskizze zu erstellen. Etwaige hierdurch entstehende Kosten sind in den Vertragspreisen enthalten.
- 4.5 Der AN ist auf Verlangen des AG verpflichtet, die Bauschilder des AG auf der Baustelle gut sichtbar einzusetzen und zu unterhalten.
- 4.6 Der AN hat die für die Ausführung erforderlichen Unterlagen rechtzeitig beim AG schriftlich anzufordern und sofort nach Erhalt auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen.
- 4.7 Der AN hat ohne besondere Aufforderung Ordnung auf der Baustelle zu halten, seinen Arbeitsbereich täglich gereinigt zu verlassen und ständig, mindestens aber einmal wöchentlich, den durch seine Leistungen entstandenen Abfall und Schmutz von der Baustelle zu beseitigen. Nach Beendigung der Vertragsleistungen sind sowohl die Lager- und Arbeitsplätze als auch die Baustelle selbst zu räumen und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Der Leistungsgegenstand ist vom AN gereinigt zu übergeben. Falls der AN dieser Verpflichtung nicht nachkommt, ist der AG berechtigt, die Reinigung nach einmaliger erfolgloser Aufforderung auf Kosten des AN selbst vorzunehmen.
- 4.8 Der AN hat darauf zu achten, dass nur zuverlässige und geeignete Arbeitskräfte mit der Ausführung der Arbeiten betraut werden. Auf Verlangen hat der AN dem AG Qualifikationsnachweise (z. B. Schweißprüfzeugnisse, Gesellenbriefe) sowie den Sicherheitspass (Dokumentation von persönlichen Daten, arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Qualifizierungen, Unterweisungen und Lehrgänge im Arbeitsschutz sowie ggf. Befugnisse der eingesetzten Mitarbeiter zur Überprüfung vorzulegen. Der AN hat sicherzustellen, dass alle eingesetzten Arbeitskräfte einen Sicherheitspass (z. B. BVEG) auf der Baustelle mit sich führen. Dies gilt auch für die eingesetzten Subunternehmer. Der AG kann vom AN sowie von dessen Nachunternehmern den sofortigen Austausch ungeeigneter Arbeitskräfte verlangen.
- 4.9 Der AN hat sicherzustellen, dass seine auf der Baustelle eingesetzten Arbeitskräfte sowie sämtliche von Nachunternehmern eingesetzten Arbeitskräfte die von den zuständigen Berufsgenossenschaften vorgeschriebenen persönlichen Schutzausrüstungen (z.B. Schutzhelme, Sicherheitsschuhe) tragen.
- Schutzausrüstungen hat der AN in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Arbeitskräfte des AN oder eines Nachunternehmers, die ihrer Verpflichtung zum Tragen der Schutzausrüstungen nicht nachkommen, können von der Baustelle verwiesen werden. Der AN hat sämtliche Vorschriften zur eigenverantwortlich umzusetzen.
- 4.10 Stellt der AG eine nicht vertragsgemäße Ausführung der Leistung fest, kann er vom AN bereits vor Fertigstellung bzw. Erreichen des Fertigstellungstermins die Beseitigung des Mangels verlangen. Kommt der AN der Aufforderung zur Mangelbeseitigung innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist nicht nach, so kann der AG nach Fristablauf oder, sofern der AN die Beseitigung verweigert, auch unverzüglich, die Mängel auf Kosten des AN selbst beseitigen oder durch Dritte beseitigen lassen, ohne vorher eine Kündigung bzw. Teilkündigung auszusprechen. Dies gilt entsprechend für die nicht fristgerechte oder nicht vertragsgemäße Ausführung von Teil- oder Restleistungen.
- Soweit der AG berechtigt ist, nicht vertragsgemäße oder nicht fristgerechte Leistungen des AN selbst oder durch einen Dritten ausführen zu lassen, kann er zusätzlich zu den daraus entstehenden Kosten einen Zuschlag in Höhe von pauschal 10 v.H. dieser Kosten für seinen Bearbeitungsaufwand verlangen, sofern der AN nicht nachweist, dass dem AG kein oder ein nur geringerer Aufwand entstanden ist.
- 4.11 Der AN versichert, dass er dem AG von verlängerten Eigentumsvorbehalten und vergleichbaren Nachteilen freihält, und dass er empfangene Gelder vorrangig zur Begleichung von Zahlungsverpflichtungen aus Zulieferleistungen für diesen Auftrag verwenden werden.
- 4.12 Soweit der AN beabsichtigt, Teile seiner Leistung durch Nachunternehmer durchführen zu lassen, hat er dieses dem AG vorabanzudeuten. Der AG ist berechtigt, innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen nach dieser Anzeige der Vergabe an den Nachunternehmer begründet zu widersprechen. Soweit nach Ablauf dieser Frist kein Widerspruch erfolgt, gilt der Nachunternehmer als vom AG genehmigt.
- ## 5. Vertragstermine
- 5.1 Vertragstermine sind vereinbarter Arbeitsbeginn, Fertigstellung und die im Verhandlungsprotokoll, in der Bestellung oder der Ausschreibung vereinbarten Zwischentermine. Sind zum Zeitpunkt der Auftragserteilung nur ungefähre Zeitangaben über den voraussichtlichen Baubeginn möglich, und wird daher lediglich die Ausführungsdauer verbindlich festgelegt, ist mit den Arbeiten nach Aufforderung innerhalb der vertraglich festgelegten, ansonsten innerhalb einer angemessenen Abruffrist zu beginnen. Der somit definierte Baubeginn stellt eine Vertragsfrist dar. Unter Berücksichtigung der verbindlich vereinbarten Ausführungsdauer ergibt sich daraus der verbindliche Fertigstellungstermin bzw. ggf. weitere verbindliche Zwischentermine.
- Diese Termine stellen Vertragstermine dar. Werden im Rahmen des Bauablaufs zwischen den Parteien einvernehmlich neue verbindliche Zwischen- oder Endtermine schriftlich (auch Textform) vereinbart, so stellen diese Vertragstermine dar.
- 5.2 Der AG behält sich Terminplanänderungen, auch Beschleunigungsanordnungen vor. Der AN ist von der Verschiebung rechtzeitig zu unterrichten. Es sind dann neue Vertragstermine zu vereinbaren. Außer bei Beschleunigungsanordnungen ist die Zahl der vereinbarten Werktage für die Ausführung der Gesamt- oder Einzelleistung einzuhalten.
- 5.3 Eintretener Verzug des AN wird durch die Fortschreibung der Termine und Fristen bzw. deren Neuvereinbarung nicht aufgehoben.
- 5.4 Im Falle der schuldhaften Nichteinhaltung der Vertragstermine haftet der AN für alle Schäden und Nachteile, die dem AG daraus entstehen.
- ## 6. Behinderungen
- 6.1 Bei einer dem AG zuzurechnenden Behinderung ist eine Fristverlängerung des AN ausgeschlossen, sofern die Behinderung einen Zeitraum von insgesamt bis zu 10 v.H. der vertraglich vereinbarten Ausführungsdauer maximal jedoch 24 Stunden nicht übersteigt (Bagatelldgrenze). Im Übrigen hat der AN einen Anspruch auf Fristverlängerung um die Dauer der Behinderung. Satz 1 gilt entsprechend für Schadensersatzansprüche des AN aufgrund derartiger Behinderungen.
- 6.2 Der AG erstattet Schäden oder Mehrkosten aus Behinderungen nur insoweit, als die Behinderung von ihm zu vertreten ist und für den AN nicht vorhersehbar war. Der Anspruch steht dem AN im Übrigen nur dann zu, wenn er dem AG die Behinderung unverzüglich und vollständig mit den Angaben gemäß Ziffer 6.4 angezeigt hat. Der AN hat den tatsächlichen Schaden anhand der Urkalkulation nachzuweisen sowie darzulegen, dass er während der Dauer der Behinderung keine anderweitigen Arbeiten ausführen konnte.
- 6.3 Glaubt sich der AN in der ordnungsgemäßen Ausführung seiner Leistung behindert, so hat er dies dem AG unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Unterlässt er die Anzeige, so hat er nur dann Anspruch auf Berücksichtigung der hindernden Umstände, wenn dem AG offenkundig die Tatsache und deren hindernde Wirkung bekannt waren.
- 6.4 Die Behinderungsanzeige muss die maßgeblichen hindernden Umstände benennen, sowie die Angabe enthalten, welche nach Bauablaufplanung vorgesehenen Arbeiten konkret behindert sind. Ferner muss die voraussichtliche Dauer der Behinderung angegeben werden. Der AN hat ferner dem AG auch zu informieren, wenn die Behinderung beendet ist und die Arbeiten wieder aufgenommen werden können. Ein Anspruch des AN ist ausgeschlossen, soweit der AN zum Zeitpunkt der Behinderung selber nicht leistungsbereit oder mit der Ausführung seiner Arbeiten im Verzug war.

- 6.5 Der AN ist verpflichtet, auch bei Vorliegen einer Behinderung alles ihm billigerweise zumutbare für die weitere Bauausführung sowie die Minderung des Behinderungs- bzw. Verzugschadens zu tun, sowie die Arbeiten unverzüglich nach Wegfall der Behinderung wieder aufzunehmen.
- 7. Absperr- und Schutzmaßnahmen**
- 7.1 Der AN ist für die sichere Verwahrung und Unterbringung seiner Materialien und Geräte selbst verantwortlich. Der AG übernimmt diesbezüglich keinerlei Haftung. Es ist Sache des AN, seine Leistungen vor Beschädigung und Verschmutzung bis zur Abnahme zu schützen.
- 7.2 Der AN hat die für seine Leistung notwendigen Straßensperrungen, Bauzaunerstellungen, Beleuchtungen, Schutzgerüste, Bautreppen u.ä. auf seine Kosten auszuführen und seine Mitarbeiter mit den notwendigen Arbeitsschuttmitteln auszurüsten. Der AG ist berechtigt, notwendige Sicherungsmaßnahmen auf Kosten des AN auszuführen, wenn dieser sich in Verzug befindet oder die sofortige Ausführung zwingend geboten ist. Baustelleneinrichtungen des AN sind anderen Firmen zu angemessenen Bedingungen gegebenenfalls zur Verfügung zu stellen. Der AN hat einen verantwortlichen Mitarbeiter für Arbeitssicherheit zu benennen, der gemäß § 8 ArbSchG kooperativ mit dem SiGe-Koordinator die Sicherheit im eigenen und angrenzenden Arbeitsbereich sicherstellt.
- 7.3 Soweit der AG Schutz- und Sicherungseinrichtungen stellt, werden diese bei der Übergabe gemeinsam abgenommen. Sie sind vom AN eigenverantwortlich zu unterhalten und erforderlichenfalls zu ergänzen.
- Der AN hat sie nach Abschluss der Arbeiten dem AG ordnungsmäßig zurückzugeben. Vorhandene Schutzabdeckungen, Geländer oder ähnliches, die zur Durchführung der Arbeiten vorübergehend entfernt werden müssen, sind wieder ordnungsgemäß herzustellen. Für die Dauer der Entfernung müssen alle Gefahrenstellen durch andere geeignete Maßnahmen unfallsicher abgesperrt und beschildert werden.
- 7.4 Für den Transport, die Lagerung und Verarbeitung von Gefahrstoffen sind neben den Brandschutzbestimmungen die Gefahrstoffordnungen strikt zu beachten. Gefahrstoffe, die über die gesetzlichen Grenzen von ‚Kleinstmengen‘ hinausgehen, dürfen nicht ohne vorherige schriftliche Genehmigung des AG auf der Baustelle gelagert werden. Bei Sammelagern auf der Baustelle dürfen durch Zusammenlagern verschiedener Gefahrstoffe die gesetzlich zulässigen Gesamtmengen nicht überschritten werden. Gefahrstoffe sind in zugelassenen und mit den entsprechenden Gefahrensymbolen gekennzeichneten Behältern aufzubewahren und müssen gegen Entweichen, Auslaufen und Entzünden gesichert sein. Die dazugehörigen Sicherheitsdatenblätter sind erreichbar aufzubewahren.
- 8. Kündigung**
- 8.1 Im Falle einer Kündigung hat der AN die zur Fortsetzung der Planungs- und Bauarbeiten erforderlichen Arbeitsunterlagen unverzüglich an den AG herauszugeben. Zu den Unterlagen gehören insbesondere Verträge mit Nachunternehmern/ Baustofflieferanten, behördliche Genehmigungen und Bescheide sowie Planunterlagen jeder Art. Ein Zurückbehaltungsrecht gegenüber diesem Herausgabeanspruch ist ausgeschlossen.
- 9. Haftung**
- 9.1 Wird der AG von Dritten wegen Schäden in Anspruch genommen, die im Zusammenhang mit der Leistung des AN bzw. von ihm beauftragter Dritter stehen, so ist der AN verpflichtet, den AG unverzüglich von diesen Ansprüchen freizustellen, es sei denn, der AN weist nach, dass er die betreffenden Schäden nicht verursacht hat. Die Freistellung beinhaltet nicht, dass die Ansprüche der Dritten anerkannt werden.
- 9.2 Bei Arbeiten im Baugrund hat der AN vor Beginn der Arbeiten festzustellen, ob sich eventuell Ver- und Entsorgungsleitungen, Kampfmittel usw. in seinem Baubereich befinden. Auskünfte über die Lage der Erdleitungen sind schriftlich von den Dienststellen der Versorgungsträger einzuholen. Auskünfte von der Bauleitung sind unverbindlich und bedürfen der Bestätigung durch den Versorgungsträger. Sollten trotzdem Beschädigungen oder Zerstörungen durch das Verschulden des AN entstehen, gehen alle Kosten (auch Folgeschäden) zu seinen Lasten. Der AN hat den AG bei Schäden unverzüglich freizustellen und dieses nachzuweisen. Erfolgt dies nicht, braucht der AG einen Vergleich oder eine Zahlung an den Geschädigten nicht vorher mit dem AN abzustimmen.
- 9.3 Der AN hat dem AG das Vorhandensein einer nach Deckungsumfang und Höhe ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen und deren Aufrechterhaltung während der Bauzeit zu belegen.
- 9.4 Der AN tritt hiermit die sich aus der gemäß Ziffer 9.3 abzuschließenden Betriebshaftpflichtversicherung ergebende Ansprüche sicherheitshalber an den dies annehmenden AG ab, bleibt jedoch, solange er vertragsgemäß erfüllt, zur Geltendmachung aller Ansprüche im eigenen Namen berechtigt und verpflichtet. Sofern nach dem Versicherungsvertrag eine Abtretung nicht zulässig sein sollte, weist der AN hiermit die Versicherung unwiderruflich an, etwaige Zahlungen nur an den AG zu leisten. Der AN wird unverzüglich nach Vertragsabschluss eine Bestätigung der Versicherung vorlegen, dass diese über die Abtretung und Zahlungsanweisung informiert ist.
- 9.5 Werden dem AN Werkstoffe und Bauteile bauseitig geliefert oder übergeben, so übernimmt er die Haftung und Sorgfaltspflicht für die Verwahrung und Vertragserfüllung mit deren Übernahme. Beanstandungen müssen bis spätestens am dritten Tag nach Übernahme schriftlich geltend gemacht werden.
- 10. Abnahme**
- 10.1 Die Leistungen des AN werden förmlich abgenommen. Über die Abnahme ist ein gemeinsames schriftliches Protokoll zu fertigen.
- 10.2 Abnahmefiktionen sind ausgeschlossen, ebenso wie Teilabnahmen.
- 10.3 Die Abnahme von Mängelbeseitigungsarbeiten erfolgt ebenfalls förmlich. Bis zur Abnahme nicht mehr sichtbare oder nicht mehr zugängliche Teilleistungen sind nach ihrer Fertigstellung dem AG schriftlich anzuzeigen und gemeinsam zu überprüfen. Hierüber ist ein schriftliches Protokoll zu erstellen. Derartige Überprüfungen und Protokolle stellen keine Teilabnahmen dar.
- 10.4 Der AN ist verpflichtet die bei Abnahme festgestellten Mängel unverzüglich in angemessener Frist zu beseitigen.
- 10.5 Der AN stellt sicher, dass der Nachunternehmer vor der Abnahme seine Leistung auf Vollständigkeit und Mangelfreiheit überprüft und gegebenenfalls Rest- und Nacharbeiten umgehend durchführt.
- 10.6 Die Übergabe der Schlussrechnung stellt kein Abnahmeverlangen dar.
- 11. Ansprüche bei Mängeln**
- 11.1 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt 5 Jahre, soweit nichts anderes vereinbart ist. Nach Abnahme der Mängelbeseitigung beginnt für diese Leistung die in Satz 1 vereinbarte Verjährungsfrist erneut zu laufen.
- 11.2 Leistungen, die schon während der Ausführung als mangelhaft oder vertragswidrig erkannt werden, hat der AN – unbeschadet der gesetzlichen Vorschriften – auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Kommt der AN dieser Verpflichtung trotz Aufforderung des AG unter Setzen einer angemessenen Frist nicht nach, so kann der AG auch vor der Abnahme den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der hierfür erforderlichen Kosten vom AN verlangen, es sei denn der AN hat den Mangel oder die vertragswidrige Leistung nicht zu vertreten. Einer Kündigung oder Entziehung des Auftrages bedarf es hierfür nicht.
- 11.3 Die Fertigstellung der Mängelbeseitigungsarbeiten ist vom AN schriftlich anzuzeigen. Es findet eine förmliche Abnahme der Mängelbeseitigungsleistungen auf schriftlichen Antrag des AN statt. Ziff. 8 gilt entsprechend.
- 11.4 Der AN tritt sämtliche Mängelansprüche gegen seine Nachunternehmer aufschiebend bedingt durch den Fall, dass ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. eines vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens über sein Vermögen gestellt oder ein solches Verfahren eröffnet wird, an den dies annehmenden AG ab.
- 12. Abrechnung / Stundenlohnarbeiten / Zahlung**
- 12.1 Rechnungen sind nach ihrem Zweck in prüfbarer Form und mit kumulierten Leistungsständen als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; Abschlagsrechnungen sind laufend zu nummerieren.
- Rechnungen müssen nachstehende Kopfdaten ausweisen:
- Bezeichnung der Projektmaßnahme,
 - Auftragsnummer des AG gemäß SAP-System,
 - Bestellnummer (mit Abteilungsidentität), die Nummer des Mengen- oder Wertkontraktes zusammen mit der Nummer des Abrufs,

Die Rechnung darf sich immer nur auf einen Auftrag beziehen. Die Positionsnummern sind numerisch aufsteigend aufzuführen.

- 12.2 Als Nachweis für die Abrechnung gelten vorrangig die mit Unterschrift der Vertragspartner und Datumsangabe versehenen beidseitigen Aufmaße und/oder Abrechnungszeichnungen sowie Bautageberichte oder gleichgeartete Nachweise. Dem AN bleibt es unbenommen, die Erbringung der von ihm erbrachten Leistungen auf andere Art und Weise nachzuweisen.
- 12.3 Vom AG unterzeichnete Arbeitsnachweise für Mitarbeiter des AN belegen lediglich dessen Anwesenheit und sind kein Anerkenntnis über eine erbrachte Leistung.
- 12.4 Ist Abrechnung nach Baufortschritt vereinbart, hat der AN dem AG monatlich den tatsächlichen Baufortschritt nachzuweisen. Für die Höhe der Abschlagszahlungen ist in diesem Fall der tatsächliche Baufortschritt maßgeblich, und nicht der geplante.
- 12.5 Die Prüffrist für die Schlussrechnung beträgt 30 Kalendertage ab Zugang einer prüffähigen Rechnung beim AG. Zahlung innerhalb der Prüffrist berechtigt den AG zu einem Skontoabzug von 3 v.H.
- 12.6 Die vorbehaltlose Annahme der Schlusszahlung schließt Nachforderungen aus, wenn der AN über die Schlusszahlung schriftlich unterrichtet und auf diese Ausschlusswirkung hingewiesen wurde.
- 12.7 Die Anerkennung sowie die Bezahlung der Schlussrechnung, schließen Rückforderungen wegen fehlerhaft berechneter Leistungen und Forderungen nicht aus. Ein Wegfall der Bereicherung kann nicht geltend gemacht werden.
- 12.8 § 641 Absatz 2 BGB ist ausgeschlossen.
- 12.9 Mit der Schlussrechnung sind die in der Ausschreibungsunterlagen erforderlichen Unterlagen wie Zeichnungen mit maßgerechten Eintragungen aller tatsächlich ausgeführten Leistungen (Bestandspläne) sowie sonstige, für den AG oder den Bauherrn erforderliche Unterlagen (Schalt-/Anschlusspläne, Gerätebücher und -beschreibungen, Bedienungs- und Pflegeanweisungen, Fabrikatsnachweise u.ä.) einzureichen. Solange diese Unterlagen nicht vorgelegt werden, tritt keine Fälligkeit der Schlussrechnung ein.

Ergänzende kommerzielle Bedingungen für Architekten und Ingenieurdienstleistungen



Die nachstehenden Einkaufsbedingungen gelten, ergänzend zu den Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Mainova (AEB), zwischen dem jeweils vertragsschließenden Verbundunternehmen der Mainova (nachstehend „**Auftraggeber**“ oder „**AG**“) und dem Auftragnehmer (nachstehend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“). Zu dem Verbund Mainova gehören die Mainova Aktiengesellschaft, NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, Mainova ServiceDienste GmbH und SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH. AG und AN werden gemeinsam auch als Vertragspartner bezeichnet.

1. Inhalt des Vertrags, Vertragsbestandteile

- 1.1 Der AN erbringt für den AG eine Architekten- oder Ingenieurleistung oder sonstige Planungsleistung (im Folgenden als Planungsleistung oder Leistung definiert) nach Maßgabe der jeweiligen Beauftragung im Rahmen einer Maßnahme des AG. Geschuldet ist grundsätzlich die Herbeiführung eines Erfolgs unter Einhaltung der vom AG vorgegebenen Zielsetzungen.
- 1.2 Bei Planungsleistungen in Form von Architekten- und Ingenieurleistungen ist, sofern nicht abweichend vereinbart, eine Beauftragung gemäß den Leistungsphasen der jeweils im Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) vereinbart.
- 1.3 Die Angebotslegung des AN ist nach Leistungsphasen zu gliedern. Der AG ist berechtigt, die Leistungsphasen stufenweise einzeln zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch des AN auf Beauftragung mit weiteren Leistungen über den jeweils vertraglich beauftragten Leistungsumfang hinaus besteht nicht.
- 1.4 Abweichend zu der Regelung in Ziffer 2.1 der Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Mainova (AEB), gelten die nachfolgend genannten Vertragsbestandteile in absteigender Rangfolge:
 - a) Die Bestellung des AG mit ihren Anlagen (z. B. Verhandlungsprotokolle, Leistungsbeschreibung etc.),
 - b) diese ergänzenden Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurdienstleistungen,
 - c) die Allgemeinen Einkaufsbedingungen der Mainova AG mit dem jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen, veröffentlichten Stand (www.mainova.de/zentraleinkauf),
 - d) alle öffentlich-rechtlichen Genehmigungen für das Vorhaben, sowie Genehmigungsanträge und Vorbescheide,
 - e) die anwendbare Landesbauordnung sowie alle Vorschriften, Gesetze und Verordnungen und Ortssatzungen, die das Bauvorhaben betreffen
 - f) alle für die Leistungserbringung jeweils einschlägigen Normen, technischen Vorschriften und Bestimmungen der Behörden und Prüfinstitute sowie Herstellerrichtlinien und Verarbeitungshinweise,
 - g) die allgemein anerkannten Regeln der Technik, die einschlägigen technischen Vorschriften und Regelwerke einschließlich der DIN-Normen und der Europäischen Spezifikationen in ihrer jeweils aktuellen Fassung,
 - h) die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB)
 - i) der technische Teil des Angebots des AN mit seinen Anlagen.
- 1.5 Mit Einbeziehung dieser Vertragsbedingungen erkennt der AN an, dass die in diesen Vertragsbedingungen enthaltenen Regelungen Vertragsbestandteil werden und dass eigene Vertragsbestimmungen des AN, keine Gültigkeit haben, und zwar auch dann nicht, wenn in dem Angebot des AN oder sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird und auch dann nicht, wenn diesen durch den AG nicht nochmals ausdrücklich widersprochen wurde.

2. Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 2.1 Der Auftragnehmer wird die Leistung auf der Grundlage der Bestellung vollständig und entsprechend den Vorgaben des AG sowie nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit erbringen. Der AN wird, unter Wahrung der vorgegebenen Mengen-, Qualitäts- und Terminziele, Einsparpotenziale aufzeigen und ausschöpfen. Zudem ist die Optimierung der langfristigen Betriebs- und Instandhaltungskosten, zu berücksichtigen.
- 2.2 Der AN ist Sachwalter des AG. Er vertritt als solcher keine Interessen von Lieferanten, Unternehmern oder anderer Dritter mit einem Bezug zum Projekt. Der AN hat den AG auf eventuelle Interessenkonflikte hinzuweisen. Eine Bevollmächtigung des AN

durch den AG ist hiermit nicht verbunden.

- 2.3 Der AN unterrichtet den AG umfassend über den Stand der Planungen und die planerischen Alternativen zur Realisierung der dem Vorhaben zugrundeliegenden Ziele. Der AN hat seinen Leistungen die Anordnungen und Anregungen des AG zugrunde zu legen, und Planungsunterlagen mit dem AG abzustimmen. Eine Anerkennung, Zustimmung oder Freigabe von Leistungen durch den AG entbindet den AN nicht von seiner Verantwortlichkeit oder Haftung für die jeweilige Leistung. Der AN hat den AG zudem im Rahmen der vereinbarten Leistungen über alle bei der Durchführung seiner Aufgaben wesentlichen Umstände, insbesondere über drohende oder eingetretene Qualitäts-, Termin oder Kostenabweichungen, unaufgefordert sowie auch auf entsprechendes Verlangen des AG unverzüglich in Textform zu unterrichten und dem AG Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
- 2.4 Die Beauftragung weiterer Planer bleibt dem AG vorbehalten. Sofern Dritte (z. B. andere Planer oder Unternehmer) selber Planungsleistungen erbringen oder prüfen, befreit dies den AN nicht von seiner Planungsverantwortung, welche auch die Prüfung, Kontrolle und Koordinierung von Planungen Dritter umfasst.
- 2.5 Der AN hat alles zu unternehmen, um eine zeit- und kostengerechte Erbringung seiner Leistungen unter Wahrung der vereinbarten Qualität zu sichern. Dabei haben sich alle gestalterischen Ambitionen der zwingenden Kostenobergrenze (wenn vereinbart) und der bedarfsgerechten Gestaltung unterzuordnen. Zur Erreichung dieser Ziele verpflichtet sich der AN jederzeit zur Kooperation, wobei er insbesondere den AN unverzüglich schriftlich informiert, sollten die Vertragsziele durch andere an der Planung Beteiligte, hinzugezogene Sachverständige oder auch Behörden gefährdet erscheinen.
- 2.6 Der AN ist verpflichtet, ausführenden Unternehmen, Behörden und anderen fachlich Beteiligten alle notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können. Dabei sind eventuell erforderliche Prüf- und Bearbeitungszeiten bei Dritten einzuplanen.
- 2.7 Der AN hat dem AG auf Wunsch jederzeit und unverzüglich Auskunft über seine Leistung zu erteilen. Eine besondere Vergütung kann der AN hierfür nicht verlangen.

3. Vergütung und Abrechnung

- 3.1 Der Auftragnehmer erhält für seine Leistung die in der Bestellung vereinbarte Vergütung. In dieser Vergütung sind sämtliche Neben- und Gemeinkosten, Spesen sowie Reisekosten enthalten, sofern diese nicht gesondert vertraglich vereinbart sind.
- 3.2 Sofern als Vergütung eine Pauschale vereinbart wird, sind in der Pauschale sämtliche Leistungen enthalten, die für das Erreichen des angestrebten vertraglichen Erfolgs unter Einhaltung der zugrunde liegenden Ziele erforderlich oder förderlich sind.
- 3.3 Ist für die Leistung ausnahmsweise eine Vergütung nach Aufwand vereinbart, so hat der AN mit der jeweiligen Rechnung einen stunden- und personenscharfen Nachweis des Aufwands unter Angabe der jeweiligen Tätigkeit und des Ortes der Tätigkeit zu führen. Eine Gegenzeichnung des AG gilt nicht als Anerkenntnis hinsichtlich der darin enthaltenen Leistungen. Dem AG bleibt die Prüfung und Anerkennung vorbehalten, ob die Leistungen tatsächlich ausgeführt wurden und ob es sich um eine auf zeitlicher Basis abzurechnende Leistung handelt. Es gilt insbesondere Ziffer 6.4 der AEB.
- 3.4 Der AN kann von dem AG eine Abschlagszahlung im jeweiligen vertraglich vereinbarten Umfang verlangen.
Ist vertraglich zwischen AN und AG ein individueller Zahlungsplan vereinbart, so hat dieser Vorrang und schließt darüber hinausgehende Abschlagszahlungen aus.

- 3.5 Die Schlusszahlung des AG an den AN wird fällig nach Abnahme der vertraglichen Leistungen durch den AG, Erteilung der prüffähigen Schlussrechnung des AN und Ablauf der vereinbarten, angemessenen Prüffristen für den AG.

Die Schlussrechnung des AN ist prüffähig, wenn sie eine übersichtliche Aufstellung der erbrachten Leistungen enthält und für den AG nachvollziehbar ist. Der AG kann binnen 30 Tagen nach Zugang der Schlussrechnung begründete Einwendungen gegen ihre Prüffähigkeit erheben. Im Falle einer erneuten Rechnungsstellung beginnen diese Fristen erneut.

- 3.6 Teilschlussrechnungen kann der AN nur stellen, wenn dies vertraglich vereinbart ist, und er einen entsprechend in sich abgrenzbaren Teil der Leistung vollständig erbracht hat. Andernfalls sind Teilschlussrechnungen ausgeschlossen.
- 3.7 Wird nach Einreichung der Schlussrechnung festgestellt, dass der AN durch Teil- oder Abschlagszahlungen überzahlt war, so ist die Abrechnung vom AN zu berichtigen. Überzahlte Beträge werden umgehend zur Rückzahlung an den AG fällig. Der AN kann sich auf einen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) nicht berufen.
- 3.8 Vom Empfang des überzahlten Betrages an hat der AN den zu erstattenden Betrag mit 9 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz p.a. zu verzinsen, es sei denn es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.

4. Änderungen der Leistung

- 4.1 Für Änderungen des Vertrags (Änderung) und das Anordnungsrecht des Auftraggebers gilt § 650q I iVm § 650b BGB mit den nachfolgenden Modifikationen.
- 4.2 Eine Einigung zwischen AG und AN über eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist sowie die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütungsbedarf mindestens der Textform.
- Die Vergütungsanpassung für den Fall von Änderungen des Vertrags richtet sich nach § 650q II, 650 c BGB.
- 4.3 Das Änderungsbegehren des AG kann sich auch auf die Art der Ausführung der Leistungen, insbesondere in zeitlicher Hinsicht beziehen.
- 4.4 Die stufenweise Fortentwicklung und Durcharbeitung der Planung innerhalb einer bestimmten Leistungsstufe (Planungsoptimierung) einschließlich der Erarbeitung von Alternativen wird nicht vergütet, soweit die Planungsleistung Bestandteil der Grundleistungen der jeweiligen Leistungsphase ist, und solange die Grenzen der Zumutbarkeit für den AN nicht überschritten sind. Hierbei gilt die bis zu 2-malige Überarbeitung als für den AN zumutbar.
- 4.5 Der AN wird dem AG unverzüglich, spätestens (soweit nicht abweichend vereinbart) jedoch binnen 5 Werktagen, nach Zugang eines Änderungsbegehrens ein prüfbares Honorarangebot in Textform über die infolge des Änderungsbegehrens begehrte Mehr- oder Mindervergütung unterbreiten. Hierbei sind die jeweiligen vertraglichen Grundlagen zu den Vergütungsvereinbarungen vom AN jeweils zu beachten.
- 4.6 Unwesentliche Änderungen sind honorarneutral zu erbringen. Unterschiedliche Vorschläge und Ausarbeitungen des AN in gestalterischer, konstruktiver, funktionaler oder wirtschaftlicher Hinsicht während der Erstellung der Planung und vor Abschluss der jeweiligen Planungsphase gehören zum normalen, durch das vereinbarte Honorar abgegoltenen vertraglichen Leistungsumfang des AN und sind deshalb von vorneherein nicht als Änderung anzusehen.
- 4.7 Die Kosten der Angebotserstellung trägt der AN. Dies gilt auch dann, wenn der AG das Angebot des AN nicht annimmt oder von der Leistungsänderung ganz oder teilweise Abstand nimmt. Sind jedoch über das übliche Maß einer Angebotserstellung hinausgehende Planungsleistungen, z. B. in Form einer Machbarkeitsstudie, zu erbringen, werden diese Leistungen auf Basis der Stundenverrechnungssätze oder über eine Pauschale vergütet. Erfolgt eine Beauftragung dieser angebotenen Änderungsleistung, wird die geschuldete Vergütung auf die weitere Vergütung angerechnet.
- 4.8 Drohen dem AG ohne eine unverzügliche Ausführung einer Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, schwerwiegende Nachteile (Gefahr in Verzug), ist der AG berechtigt, die Änderung vor Ablauf der Einigungsfrist von binnen 30 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens des AG beim AN anzuordnen.

5. Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

- 5.1 Die Vertragspartner stimmen sich über Leistungen ab, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben. Sie sorgen gemeinschaftlich dafür, dass alle Informationen, die andere fachlich Beteiligte benötigen, rechtzeitig zur Verfügung stehen, damit die Leistungen fristgerecht erbracht werden können. Der AN macht den AG auf fehlende Informationen aufmerksam.
- 5.2 Bei Dissens zwischen AN und anderen fachlich Beauftragten, hat der AN unverzüglich die Entscheidung des AG herbeizuführen.
- 5.3 Sofern ausführende Unternehmen oder sonstige Dritte im Zusammenhang mit dem Projekt Forderungen gegen den AG ankündigen oder geltend machen, unterstützt der AN den AG bei der Prüfung dieser Forderung und nimmt auf Anforderung des AG zu der Forderung Stellung.
- 5.4 Der AN ist verpflichtet, jederzeit im erforderlichen Umfang an Besprechungen mit dem AG oder mit anderen beauftragten Unternehmen teilzunehmen. Die Teilnahme des AN erfolgt für den AG unentgeltlich.

6. Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

- 6.1 Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG berechtigt und verpflichtet. Er hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung oder sonst beauftragte Unternehmen ergeben können. Sofern der AG dies wünscht, unterstützt der AN ihn bei der Aufarbeitung und Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten (in kaufmännischer und technischer Hinsicht). Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG.
- 6.2 Der AN tritt als verantwortlicher Planer gegenüber Behörden oder ausführenden Unternehmen im eigenen Namen als Sachwalter des AG auf. Der AN tritt nicht als Vertreter des AG auf. Er darf keine bindenden Erklärungen abgeben (so insbesondere auch keine Abnahmen erklären) die finanzielle Verpflichtungen, den Abschluss oder die Änderung von Verträgen, oder die Vereinbarung neuer Preise zum Gegenstand haben, es sei denn er wird im Einzelfall dazu beauftragt bzw. bevollmächtigt.

7. Herausgabe von Unterlagen

- 7.1 Die vom AN zur Erfüllung des Vertrags angefertigten Unterlagen sind an den AG ohne weitere Vergütung herauszugeben und werden dessen Eigentum. Der AN stellt die Unterlagen nach den Vorgaben des AG zusammen. Hierbei sind neben der gedruckten Version auch digitale Dokumente sowie die bearbeitungsfähigen Dateien (z.B. Auto-CAD, MS-Project, MS-Excel, AVA-Software, Felix-Kalkulationen) herauszugeben.
- 7.2 An genehmigten Bauvorlagen und Planungsunterlagen kann der AN ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht nicht geltend machen.
- 7.3 Vom AG zur Verfügung gestellte Unterlagen sind nach Erfüllung des Auftrags unaufgefordert dem AG zurückzugeben.

8. Projektleiter, Mitarbeiter

- 8.1 Der AN benennt mit Angebotsabgabe, spätestens mit Beauftragung, einen Projektleiter und einen Stellvertreter. Der vom AN benannte Projektleiter ist für alle Bereiche der Ansprechpartner des AG. Die Projektleitung des AN darf ohne Zustimmung des AG nicht ausgetauscht werden.
- 8.2 Der AG ist berechtigt, jederzeit, mit angemessener Frist, die Ablösung des Projektleiters oder anderer Mitarbeiter des AN zu verlangen, wenn in der Person des Abzulösenden ein wichtiger Grund vorliegt, der eine weitere Zusammenarbeit unzumutbar macht.
- 8.3 Der AN setzt grundsätzlich (insbesondere für Projektleitung, Planung und Überwachung) Mitarbeiter ein, die über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung als Dipl.-Ing. oder Master in den Fachrichtungen Architekt, Bauingenieurwesen, Maschinenbau oder vergleichbare Qualifikationen verfügen. Der AN verpflichtet sich durchgängig eine Mitarbeiterpräsenz sicherzustellen, dass innerhalb der jeweiligen Leistungsphasen eine umfassende und fachkompetente Leistungserbringung und Kommunikation mit dem AG sowie den Projektbeteiligten möglich ist. Entweder der Projektleiter oder der Stellvertreter müssen innerhalb der üblichen Geschäftszeiten in der Lage sein Ortstermine wahrzunehmen. Urlaub und Krankheit sind kein Grund, die nach Vertrag geschuldeten Leistungen nicht zu erbringen oder zu verzögern.

- 8.4 In Schlüsselpositionen (Projekt- oder Fachprojektleitung, Objektüberwachung) setzt der AN nur Mitarbeiter mit einer einschlägigen Berufserfahrung von mindestens drei Jahren ein.

9. Abnahme

- 9.1 Die Leistung des AN werden förmlich abgenommen. Das bedeutet, dass der AN zu einem gemeinsamen Abnahmetermin mit angemessener Frist einlädt. Über die Abnahme ist ein gemeinsames schriftliches Protokoll zu fertigen.
- 9.2 Der AN hat das Recht Teil abnahme gemäß § 650s BGB zu verlangen, soweit dessen Voraussetzungen vorliegen.
- 9.3 Abnahmefiktionen sind ausgeschlossen.
- 9.4 Die Abnahme setzt voraus, dass der AN seine vertraglichen Leistungen vollständig erbracht hat. Dies bedeutet insbesondere, dass (soweit Gegenstand des Vertrags):
- Alle Planungsleistungen erbracht wurden;
 - alle Planungsunterlagen gemäß Vertrag übergeben wurden;
 - die Arbeiten der ausführenden Unternehmen abgenommen wurden, oder eine Abnahme aus Gründen, die der AG zu vertreten hat, nicht durchgeführt und das Bauwerk/ die Anlage in Betrieb genommen wurde;
 - soweit an der Leistung der ausführenden Unternehmen Restmängel bestehen, Mängel und Restpunktlisten vom AN erstellt und mit dem AG abgestimmt wurden;
 - die vollständige Dokumentation an den AG übergeben wurde.